COMPACT Aktuell

MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

Extra-Ausgabe zum Sonderpreis | 18.3.2017 | 2,95 EUR (D)

Erdogan

Plant er einen Umsturz in Deutschland?

Erdogans V-Leute: Imame und Agenten als Brandstifter in Deutschland
Geheimplan: Wie die Bundesregierung den Türken-Präsidenten stoppen könnte
Merkel im Erdowahn: Der Asyl-Pakt der Kanzlerin mit dem Muslimbruder
Döner, Mord und Propaganda: Die osmanische Spur bei den NSU-Verbrechen

4 191128 302957 01

Nur Ihr Abo macht uns stark!

Mut zur Wahrheit

COMPACT

Ehrlicher Journalismus in Zeiten der Lüge.

Die schweigende Mehrheit kann die Verhältnisse zum Tanzen bringen, wenn sie ihre Stimme wiederfindet. COMPACT ist ihr Lautsprecher, weil wir drucken und verbreiten, was andere nicht zu schreiben wagen. Unterstützen Sie uns jetzt mit einem Abo! Als Dankeschön genießen Sie exklusive Vorteile:

COMPACT-Abonnenten

- bekommen das Magazin, bevor es am Kiosk erhältlich ist, jeden Monat in einer Versandtasche bequem nach Haus!
- zahlen kein Porto!
- erhalten eine Abo Prämie!
- sparen bei COMPACT-Konferenzen am Eintrittspreis!
- haben freien Eintritt zu der monatl. Veranstaltungsreihe COMPACT-Live!

www.mut-zum-abo.de

*gilt bei Versand innerhalb D., sonst 83,40 EUR

COMPACT-Magazin – jeden Monat mit dem Mut zur Wahrheit!

Mit über 100.000 Lesern die größte Oppositionszeitung

Liebe Leser,

was Sie hier in Händen halten, ist eine COMPACT-Extraausgabe, die nur sporadisch zu wichtigen Anlässen erscheint.

Für die kontinuierliche Aufklärung empfehlen wir Ihnen das monatlich erscheinende COMPACT-Magazin. Auf 68 Seiten präsentieren wir Fakten, die die Lückenpresse verschweigt: gegen Islamisierung und offene Grenzen, für nationale Souveränität und Freundschaft mit Russland. Unsere Devise «Mut zur Wahrheit» bedeutet: Was die politische Korrektheit verbietet, macht uns gerade scharf.

Mut zum Abo zahlt sich aus!

COMPACT-Magazin ist bundesweit an über 5.000 Verkaufsstellen erhältlich. Wer sich selbst und uns einen Gefallen erweisen will, füllt den Abo-Schein unten aus (auch unter www.mut-zum-abo.de). Als Abonnent erhalten Sie Ihr COMPACT-Magazin früher als die Kioske – und obendrein noch attraktive Gratis-Prämien. Uns ermöglichen die Abo-Einnahmen Investitionen in Hintergrundrecherchen und Reichweitensteigerung.

Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Prämie sichern!

☐ Ja, ich will COMPACT ab Nr...../20..... mit 59,40 EUR (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands) für 12 Ausgaben abonnieren und meine Wunschprämie kassieren!

Ich freue mich auf meine Abo-Prämie COMPACT-Edition «Schwarzbuch Angela Merkel» und mein T-Shirt «Freiheit für Deutschland» in ☐M ☐L ☐XL ☐XXL.

Absender / Lieferadresse

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

Email _____

Telefon _____

Unterschrift ✗ _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich COMPACT-Magazin GmbH widerruflich, den Abo-Betrag umgehend zulasten meines Kontos per Lastschrift einzuziehen.

Bankverbindung

Kontoinhaber _____

Bank _____

IBAN (Kto-Nr.) _____

BIC (Bankleitzahl) _____

Kündigung

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, wenn es nicht bis 14 Tage vor Erscheinen der jeweils letzten Ausgabe gekündigt wurde.

Unterschrift ✗ _____

Ausgefüllten Vordruck per Post an:
COMPACT-Magazin GmbH, Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)

Oder per Fax an:
+49-(0)33 27 / 569 86-17

Abo online holen:
www.mut-zum-abo.de

COMPACT
MAGAZIN FÜR SOUVERÄNITÄT

05 Editorial
von Jürgen Elsässer

06 Zitate von Erdogan
Best of Gröfaz

07 Zitate über Erdogan
Seine Freunde, seine Feinde

08 COMPACT Intern
Die nächsten Projekte

09 Türkenaufstand in Deutschland?
Erdogans Bürgerkriegs-Truppen

13 Merkel im Erdowahn
Asyl-Pakt mit dem Moslembruder

16 «Das Einreiseverbot wird durchgesetzt»
Geheimplan gegen Erdogan

18 «Leisetreterei der Bundesregierung»
O-Ton Sevim Dagdelen

19 Mehr Spitzel als die Stasi
Imame und Agenten

22 Döner, Mord und Propaganda
Die Destabilisierung Deutschlands

25 Gollum am Bosporus
Ein Gnom spielt verrückt

26 Bartels Schmäh
Wahlkampf im Central Park

COMPACT Impressum ©

Herausgeber & Verlag
COMPACT-Magazin GmbH
Geschäftsführer Kai Homilius
Am Zernsee 9, 14542 Werder (Havel)
E-Mail verlag@compact-mail.de
Website www.compact-online.de

Vertrieb, Bestellungen, Abo-Betreuung
Fon 03327-5698611
Fax 03327-5698617
E-Mail vertrieb@compact-mail.de

Bankverbindung COMPACT-Magazin GmbH
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BIC: WELADED1PMB
IBAN: DE74 1605 0000 1000 9090 49

COMPACT Redaktion (NEU!)
Französische Str. 12, 10117 Berlin
(Großbriefe und Päckchen an den Verlag)
Fon 030-20188322
Fax 030-20188575
E-Mail redaktion@compact-mail.de

Chefredakteur Jürgen Elsässer (V.i.S.d.P.)
Chef vom Dienst Martin Müller-Mertens
Redakteure Marc Dassen (Politik),
Tino Perlick (Korrespondent)

Cover Montage Iris Fischer
Fotoquelle Cover Alessandra Benedetti/
Corbis via Getty Images
Layout/Bild Steffen Jordan

Anzeigenakquise
E-Mail anzeigen@compact-mail.de

Gedruckt in Deutschland

Redaktionsschluss
10. März 2017

Hintergrundwissen für Wahrheitshungrige
Argumente. Hintergründe. Fakten.

Nur 8,80 € zzgl. Versand

Bestellungen unter compact-shop.de
oder per FAX an +49-(0)3327-5698617

Die türkische Kanzlerin

Erdogan ist auf dem Kriegspfad gegen Deutschland – und die Bundesregierung gibt klein bei. Was sich seit Ende Februar abspielt, ist ein dermaßen abstoßendes Beispiel von Landesverrat, dass wir zum ersten Mal in der sechsjährigen Geschichte von COMPACT sehr kurzfristig eine aktuelle Extra-Nummer erstellt haben. Wir wollen, vor Erscheinen der nächsten regulären Ausgabe unseres Magazins am 1. April, die Öffentlichkeit aufrütteln: Es muss verhindert werden, dass der türkische Despot mit Gewaltdrohungen noch im März seinen schmutzigen Wahlkampf in die Bundesrepublik exportiert und dann die ganze Republik brennt. Die Deutschen müssen dem neuen Sultan vom Bosporus eine deutliche Botschaft senden: Hier ist Almanya, nicht Antalya!

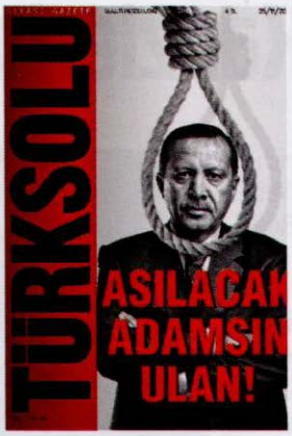
Die traurige Tatsache, die COMPACT seit seiner Gründung beklagt, besteht darin: Die BRD ist kein souveräner Staat. Wir leben in einer Bananenrepublik. Die Mutti an unserer Spitze leckt die Stiefel – oder Schlimmeres – fremder Herren. In der Regel kam das Herrchen von Frauchen aus Übersee, bisweilen war es auch ein Kommissar aus Brüssel, zur Zeit ist es der Türkenführer. Erdogan kann sich in Deutschland alles erlauben: Nach eigenem Gusto schickt er uns Hunderttausende seiner Glaubensbrüder über die Balkanroute, lässt seine Landsleute in Armeestärke zum Demonstrieren aufmarschieren und andersdenkende Türken, aber auch deutsche Parlamentarier so wüst bedrohen, dass sie Polizeischutz brauchen. Seine fünfte Kolonne warnt er vor jedweder Assimilation, sie sollen sich ja nicht den Deutschen angleichen – für ihn ist das nämlich «Völkermord». Majestät fühlt sich auch schnell mal gekränkt – dann gewährt ihm seine Berliner Haremsdame das ius ultimae noctis: Gegen den Kabarettisten Jan Böhmermann durfte er ein letztes Mal den Beleidigungsparagrafen in Anspruch nehmen, den Frau Merkel gleichzeitig versprach abzuschaffen, und die deutsche Justiz gegen die Meinungsfreiheit in Marsch setzen.

Wären wir auch nur ein bisschen selbstbewusst, würden wir dem Bosporus-Gröfaz klare Kante zeigen: seine hierzulande agitierenden Imame heimschicken und dafür unsere Soldaten zurückholen; die Bundesmarine in die Ägäis entsenden und alles, was da über Schlauchboote herandümpelt, auf kleinen Inseln festsetzen (übrigens ein Vorschlag des österreichischen Außenministers); die EU-Beitrittsverhandlungen mit einem Veto aus Berlin stoppen; dem Familiennachzug anatolischer Kopftuch-Omas einen Riegel vorschieben; die hier lebenden Türken vor die Wahl stellen, entweder ihre Pässe mit dem Halbmond abzugeben oder künftig auf Hartz-IV und ähnliche Sozialleistungen zu verzichten. Die dann sicherlich randalierenden Ghetto-Rambos wären ein Fall für die Bundespolizei, die sich schon lange darauf freut, den Typen zu zeigen, wo der Hammer hängt. Wetten, dann wäre schnell Ruhe im Karton?

Chefredakteur Jürgen Elsässer. Foto: Jörg Gründler

Aber all das wird erst möglich sein, wenn wir die Türken-Kollaborateure aus der Bundesregierung verjagt und einen guten Deutschen an die Macht gebracht haben. Damit sind wir bei der anderen Seite der Medaille. Denn so empörend es ist, wie sich der Osmane gegenüber Deutschland aufspielt – er kann dies nur tun, weil unsere Politiker vor ihm katzbuckeln. Im Unterschied zu ihnen haben die Bürger dem Autokraten schon die Meinung gegeigt: Die deutschen Buchungen für Türkei-Reisen sind dieses Jahr um 58 Prozent zurückgegangen. Milliarden an Deviseneinnahmen sind der Türkei dadurch weggebrochen, der Kurs der Lira ist im freien Fall.

Doch das wird nicht reichen, um Erdogan zu stoppen. Mehr als die Hälfte seiner hier lebenden Landsleute sind ihm treu ergeben und spielen sich schon jetzt vielerorts als Herrenmenschen auf. Von ihrem Selbstbewusstsein und Nationalstolz müssen wir uns, jeder Einzelne!, eine Scheibe abschneiden, wenn wir Paroli bieten wollen. COMPACT liefert die Argumente dafür. Unterstützen Sie uns!



Für Karikaturen bietet sich der Boss vom Bosporus geradezu an. Allerdings kann nicht jeder über ihn lachen. Die linksnationale Zeitschrift Türksolu empfindet den Präsidenten jedenfalls schlicht als «zum Aufhängen». Fotos: Titanic, The Economist, Türk Solu Gazetesi

Erdogan – Wolf im Schafspelz

«Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.» *(Erdogan auf einer Wahlveranstaltung, 6.12.1997)*

Erdogan und das Steinigungsrecht

«Gott sei Dank sind wir Anhänger der Scharia.» *(Erdogan 1994 in einem Interview mit der Zeitung Milliyet, zitiert nach: Welt Online, 20.7.2007)*

Erdogan – der Islamist

«Es gibt keinen moderaten oder nicht-moderaten Islam. Islam ist Islam und das war's.» *(Erdogan in der türkischen Zeitung Milliyet, 21.8.2007)*

Erdogan und seine fünfte Kolonne

«Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich verstehe sehr gut, dass Ihr gegen die Assimilierung seid. Man kann von Euch nicht erwarten, Euch zu assimilieren.» *(Erdogan vor 16.000 Anhängern in der Köln-Arena, 10.2.2008)*

Erdogan – der Übertürke

«Die türkische Gemeinschaft und der türkische Mensch, wohin sie auch immer gehen mögen, bringen nur Liebe, Freundschaft, Ruhe und Geborgenheit mit sich. Hass und Feindschaft können niemals unsere Sache sein.» *(Erdogan in der Köln-Arena, 10.2.2008)*

Erdogan – der Möchtegern-Europäer

«Wir führen bereits die Verhandlungen, und zwar auf Vollmitgliedschaft. Für uns gibt es dazu keine Alternative.» *(Erdogan über die EU-Beitrittsgespräche, Zeit Online, März 2010)*

Erdogan – der Geprellte

«Weil wir Türken so viel Positives für Deutschland empfinden, fühlen wir uns gerade hier im Stich gelassen. Die deutsche Politik müsste viel mehr für den EU-Beitritt der Türkei tun, weil er die Integration massiv vorantreiben würde.» *(Erdogan am 1.11.2011 in Berlin anlässlich des 50. Jahrestags des Gastarbeitervertrags)*

Erdogan – der Integrationsfeind

«Wer Deutschkenntnisse zur wichtigsten Voraussetzung erklärt, verletzt die Menschenrechte.» *(Erdogan kritisiert die deutsche Rechtslage zum Familiennachzug, Kölner Stadtanzeiger Online, 1.11.2011)*

Erdogan – der Clanführer

«Man nennt Euch Gastarbeiter, Ausländer oder Deutschtürken. Aber egal, wie Euch alle nennen: Ihr seid meine Staatsbürger, Ihr seid meine Leute, Ihr seid meine Freunde, Ihr seid meine Geschwister!» *(Erdogan zu Besuch in Düsseldorf, 27.2.2011)*

Erpresser vom Bosporus

«Sollten Sie eine falsche Entscheidung treffen, schicken wir Flüchtlinge.» *(Erdogan-Berater Burhan Kuzu, Twitter, 11.5.2016)*

Der Rattentöter

«Wir werden sie so hart bestrafen, dass sie flehen werden: "Lasst uns sterben, damit wir erlöst werden!" Wir werden sie zwingen, uns anzuflehen. Wir werden sie in so tiefe Löcher werfen, dass sie kein Sonnenlicht mehr sehen, solange sie atmen. "Tötet uns", werden sie uns anflehen. Selbst wenn wir sie hinrichteten, fände mein Herz keinen Frieden. Sie werden in zwei Quadratmetergroßen Löchern sterben wie Kanalratten.» *(Erdogans Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci Ende Juli 2016 auf einer Kundgebung über die Putschisten in der Türkei, sueddeutsche.de, 1.8.2016)*

Erdogan – der Imperator

«Wenn ich will, komme ich morgen nach Deutschland. Und wenn man mich nicht ins Land lässt, werde ich die ganze Welt zum Aufstand aufrufen.» *(Erdogan auf einer Wahlkampfveranstaltung, 5.3.2017)*

Erdogan – der Süper-Antifant

«Ich habe gedacht, der Nationalsozialismus in Deutschland ist vorbei, aber es geht noch immer weiter.» *(Erdogan auf einer Wahlkampfveranstaltung, 5.3.2017)*

Liebesgrüße aus Ankara

«Wenn die Bundesregierung ihre Beziehung mit uns erhalten will, muss sie lernen, wie sie sich uns gegenüber zu benehmen hat. (...)Wir werden uns ohne Zögern dafür rächen.» *(Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu, Spiegel Online, 5.3.2017)*

> «Gott sei Dank sind wir Anhänger der Scharia.»
> Erdogan, Welt Online, 20.7.2007

Der Ultimat

«Wir gehen dorthin, wo wir wollen. Wir werden uns mit unseren Bürgern treffen und unsere Veranstaltungen abhalten. (...) Keiner von Euch kann sich uns in den Weg stellen.» *(Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu nach der Absage seiner Großveranstaltung in Hamburg, n-tv.de, 4.3.2017)*

Gute Kinderstube

«Verpiss dich!» *(Erdogan-Berater Burhan Kuzu auf Twitter zu dem österreichischen Kanzler Christian Kern, nachdem dieser sich für ein Auftrittsverbot des türkischen Präsidenten ausgesprochen hatte, krone.at, 7.3.2017)*

Erdogan? Immer! AfD? Nimmer!

«Es ist eben keine Schwäche, sondern ganz im Gegenteil ein Zeichen der großen Stärke unseres Rechtsstaates, dass er auch unliebsame Auftritte, Meinungen und Botschaften aushält.» *(Grünen-Politikerin Claudia Roth gegen Auftrittsverbote für AKP-Politiker, Taz Online, 5.3.2017)*

Zu viele Oettinger getrunken?

«Der Ton ist nicht in Ordnung. (...) Trotzdem sollten wir in der Frage, ob wir politische Auftritte von Nichtdeutschen in Deutschland verbieten, sehr zurückhaltend sein. Die Meinungsfreiheit ist ein ganz hohes Gut in Deutschland.» *(EU-Kommissar Günther Oettinger, CDU, Tagesspiegel Online, 6.3.2017)*

Geht doch!

«Ich lehne solche Auftritte klar ab. Türkische Innenpolitik und die damit verbundenen Spannungen dürfen nicht in Österreich ausgetragen werden. Wir haben der türkischen Regierung mitgeteilt, dass türkische Politiker in Österreich für bilaterale Gespräche willkommen sind, aber nicht für Wahlkampfauftritte.» *(Der Außenminister Österreichs, Sebastian Kurz, ÖVP, Bild Online, 4.3.2017)*

Kanzler-Sprechblase

«Deshalb sind auch Auftritte türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland innerhalb des Rechts und der Gesetze, die bei uns gelten, möglich. Sofern sie ordnungsgemäß, rechtzeitig und mit offenem Visier angekündigt und genehmigt sind. Und bei alldem werde ich mich weiter mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass wir unsere Grundwerte so leben und leben können, wie wir das für richtig halten. Sie machen unser Land und unsere Art zu leben aus.» *(Bundeskanzlerin Angela Merkel, tagesschau.de, 6.3.2017)*

Gute Fragen

«Wenn also Meinungs- und Einreisefreiheit für jedes ausländische Staatsoberhaupt oder Regierungsmitglied, so undemokratisch es auch sei, gilt, was ist dann eigentlich mit Putin? Darf der vor der nächsten Duma-Wahl 2019 auch vor Landsleuten in Berlin auftreten? Und warum sollen dann nicht auch die Mullahs unter in Deutschland lebenden Iranern und die Saudis unter allen in Deutschland lebenden Sunniten ihre "Meinungen" offen propagieren dürfen?» *(Wirtschaftswoche Online, 6.3.2017)*

BANG VOOR TURKEN

- DE LANGE ARM VAN ERDOGAN -

Houding kabinet laf

APEN ROTS

EUROPA

Die «Angst vor Türken» untersuchte 2016 der niederländische Telegraaf. Foto: Telegraaf

Entweder – Broder

«Einreisen kann er, soviel er will. Er kann Ferien in Timmendorf machen, sich den Blinddarm in München rausnehmen lassen oder sich die Kante geben in einer Hamburger Hafenkneipe. Im Übrigen: Ich würde ihn auf meine Weise schon gerne hier begrüßen, nämlich mit einem Haftbefehl wegen Verstoßes gegen die Menschenrechte in seinem Heimatland. Dass der Justizminister herkommt und uns, ich sage immer sehr ungern uns, in dem Fall ist es berechtigt, sagt, was Demokratie, was Rechtsstaat und was Meinungsfreiheit ist, das ist schon wirklich eine Frechheit. Das ist so, als würde jemand aus dem Medellin-Kartell dem Apothekertag erklären, wie man vorsichtig mit Medizin umgehen sollte. (...) Und wir versuchen jetzt mit denen zu verhandeln, so wie man mit einem unerzogenen Kind verhandelt, das bei Tisch Messer und Gabel vertauscht. (...) Er hat bereits eine Diktatur eingerichtet, sie wird nur noch schlimmer werden, und wir stehen abseits und debattieren Formalitäten eines Besuches. Nein, diese Besucher gehören nicht nach Deutschland. Und im Übrigen: Ich weiß auch nicht, ob es sehr klug ist, Türken, die hier leben, das Wahlrecht zu geben.» *(Henryk M. Broder im N24-Interview, 3.3.2017)*

Erdogans langer Arm

«Viele werden nicht wagen, gegen Erdogans Verfassungsänderung zu stimmen, weil sie nicht mit Terroristen und PKK-Anhängern in eine Schublade gesteckt werden wollen und weil sie Verwandte in der Türkei haben, um die sie fürchten.» *(Die frühere SPD-Integrationspolitikerin Lale Akgün, Welt Online, 7.3.2017)*

Bettelbrief von Ulf

«Zu den Säulen Ihrer Religion gehört der Koran. In einer der schönsten Suren, der 55., wird erzählt, wie Gott, der Barmherzige, die Welt erschaffen hat: Zuerst schuf er den Menschen, dann den Himmel mit der Sonne und den Sternen und schließlich die Waage, die fortan für Gerechtigkeit unter den Menschen sorgen sollte. "Wenn ihr über Menschen richtet", das fordert Gott von seinen Gläubigen, "dann urteilt mit Gerechtigkeit". // Ich freue mich, von Ihnen zu hören. // Hochachtungsvoll, Ulf Poschardt» *(Der Welt-Chefredakteur bittet Erodgan um Freilassung seines Türkei-Korrespondenten Deniz Yücel, 8.3.2017)*

Mimimi

«Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Solche deplatzierten Äußerungen kann man ernsthaft gar nicht kommentieren. (...) Besonders schwerwiegend – und ich persönlich empfinde das einfach nur als traurig – ist das alles aber, weil NS-Vergleiche letztlich immer nur zu einem führen, nämlich dazu, dass das unfassbare Leid der Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus damit verharmlost wird.» *(Bundeskanzlerin Merkel über die NS-Vorwürfe türkischer Politiker, 6.3.2017)*

Angela oder Beate? Da muss sich der Sultan wohl entscheiden. Noch ist die Zweitehe in seiner Türkei jedenfalls nicht erlaubt. Fotos: Berliner Kurier, Titanic, Vive Charlie Mag

Der COMPACT-Stand auf der Buchmesse 2016. Foto: Jörg Gründler

84 Seiten ungeschminkte Wahrheit. Foto: COMPACT

Ein Blick in Deutschlands Zukunft? Foto: COMPACT

COMPACT-Live

Meterhoch ragt er empor: der COMPACT-Turm auf der alljährlichen Leipziger Buchmesse, ein Blickfang im Gewühl. Als bedrohlichen «Meteoriten» bezeichneten unsere Kritiker die Konstruktion im vergangenen Jahr, um die Präsenz unseres Magazins als gefährliche Provokation erscheinen zu lassen. Hey, entspannt Euch: Das nennt man Werbung!

Diverse Versuche, unseren Auftritt zu sabotieren, scheiterten kläglich. Auch 2017 wird der Meteorit wieder zu sehen sein: Von 23. März bis 26. März öffnet die Messe zwischen 10 und 18 Uhr ihre Tore.

Nicht fehlen sollten Sie vor allem, wenn unser aktuelles COMPACT-Spezial *Nie wieder Grüne – Portrait einer gefährlichen Partei* am Freitag, 24. März zwischen 17:30 und 18 Uhr direkt gegenüber unserem «Meteor» (Halle 5, Stand C-201) vorgestellt wird. Die Moderation übernimmt unser Chef vom Dienst, Martin Müller-Mertens. Mit dabei: Michael Vogt von *Querdenken-TV*, der Philosoph Peter Feist und Redakteur Marc Dassen. Am Samstag (25.3.) gibt's dann um 17 Uhr die große Premiere unserer nächsten Spezialausgabe mit dem Thema *Asyl. Unsere Toten*, ebenfalls mit Müller-Mertens und Feist. Fans und Kritiker sind alle herzlich eingeladen, mit uns ins Gespräch zu kommen!

Nach dem großen Erfolg des COMPACT-Aschermittwochs (700 Besucher in Altenburg/Thüringen) planen wir die nächste COMPACT-Live-Veranstaltung für Anfang April im Großraum Berlin. Es sprechen unter anderem Alexander Gauland (AfD) und Jürgen Elsässer. Infos, Ort und Uhrzeit finden Sie unter compact-online.de ■

Trauer um die Deutschen

Nach *Asyl. Die Flut* und *Asyl. Das Chaos* widmet sich COMPACT-Spezial nun bereits zum dritten Mal den Folgen der Masseneinwanderung für unser Land: *Asyl. Unsere Toten*. Gut eineinhalb Jahre nach der Grenzöffnung durch Kanzlerin Angela Merkel bewahrheiten sich die Befürchtungen der Kritiker. Knapp 200 Deutsche bezahlten die Multikulti-Religion seit 2009 mit dem Leben. Unzählige Frauen meiden aus Angst vor moslemischen Männern Teile ihres sozialen Umfelds. Etwa in Freiburg: In der grünen Hochburg sperrten die Clubs aus Angst vor sexuellen Übergriffen dauerhaft orientalische Kulturbereicherer aus. Hier wurde auch die Flüchtlingshelferin Maria L. von einem Asylforderer erst brutal vergewaltigt und anschließend ermordet.

Dennoch schaut das bunte Establishment lieber weg. Etwa nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz, wo der Asylant Anis Amri zwölf Menschen ermordete. Während die ausländischen Opfer in ihren Ländern unter Anwesenheit führender Politiker beerdigt wurden, man ihrer in Presseberichten gedachte, blieben die deutschen Toten praktisch unerwähnt. Auf 84 Seiten entreißt COMPACT-Spezial Nummer 13 die Opfer von Refugees welcome dem Vergessen – und gibt ihnen zumindest einen Teil ihrer Würde zurück. In sechs hochaktuellen Kapiteln erfahren Sie alles über den unwürdigen Umgang mit den Hinterbliebenen, die Angst unserer Frauen, die undurchsichtigen Verbindungen des Todesfahrers Amri zum Geheimdienstmilieu und das Wegducken der Kanzlerin.

COMPACT-Spezial erhalten Sie für 8,80 Euro ab 1. April am Kiosk oder unter compact-shop.de. Abonnenten werden früher beliefert! ■

Kalifat BRD

Die reguläre Monatsausgabe von COMPACT-Magazin im April steht ganz im Zeichen der Islamisierung unseres Landes, die vom türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan vorangetrieben und von unseren Politikern willfährig unterstützt wird. Zum Deutschland-Besuch des Despoten sind unter anderem ein Artikel des Polemikers Akif Pirincci und ein Interview mit dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider geplant. Hintergrundanalysen beleuchten die brutale Expansion osmanischer Motorradclubs und den schleichenden Vormarsch pro-türkischer Politiker und Parteien. Eine Reportage erzählt vom Schicksal einer deutschen Frau, die von ihrem zum Salafismus abgedrehten Exmann verfolgt wird.

Schweden zeigt, wohin die Reise geht: Die Journalistin Sanna Hill berichtet über die Verwandlung ihres Landes vom einstigen Wohlfahrtsstaat in eine Multikulti-Hölle. Der Publizist Martin Lichtmesz beleuchtet die Verharmlosung der skandinavischen Zustände in den deutschen Leitmedien. Auch über die aktuelle Gewaltwelle in Frankreich erfährt man in der sogenannten Qualitätspresse nichts – dafür aber im Dossier der April-Ausgabe von COMPACT-Magazin. Außerdem widmen wir uns dem rätselhaften Zeugensterben im NSU-Prozess, der sich von Neuem zuspitzenden Eurokrise und der nächsten Stufe der digitalen Revolution. Im Feuilleton geht es unter anderem um die wenigen Kabarettisten, die sich der politischen Korrektheit nicht gebeugt haben.

COMPACT-Magazin hat wie immer 68 Seiten und erscheint in A4-Hochglanz-Klebebindung. Die Ausgabe ist ab 1. April am Kiosk, Abonnenten erhalten sie bereits vorab (mut-zum-abo.de). ■

Türkenaufstand in Deutschland?

_ von Martin Müller-Mertens

Im Streit um seine Auftritte in der Bundesrepublik stellt Erdogan unverhohlen die Machtfrage in Deutschland – und kann sich dabei auf tausende gewaltbereite Aktivisten verlassen. Doch Berlin kuscht, die Kanzlerin duckt sich weg.

So hat noch kein ausländischer Staatschef Deutschland gedroht. «Wenn ich will, dann komme ich auch. Ich komme.» Und weiter: «Wenn Ihr mich nicht sprechen lasst, mache ich einen Aufstand.» So hetzte Recep Tayyip Erdogan am 5. März auf einer Massenversammlung in Istanbul, nachdem seine Minister in einigen wenigen Fällen in Deutschland nicht öffentlich hatten reden können. Die Aufregung in Deutschland hielt sich in Grenzen: In der Talkshow von Anne Will am selben Abend fiel die versammelte Runde über die Linkspolitikerin Sevim Dagdelen her, die als einzige ein Auftrittsverbot für den Despoten vom Bosporus zu fordern wagte (siehe Seite 18). Und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, der der eingangs zitierte Erdogan-Satz entnommen ist, schwächte die Übersetzung nach kurzer Zeit ab. «Wenn Ihr mich nicht reden lasst, dann werde ich die Welt aufstehen lassen», soll Erdogan tatsächlich gesagt haben. Das hört sich platonischer an, ändert aber wenig an der Substanz: Erdogan hat Deutschland ein Ultimatum gestellt, vor dem Verfassungsreferendum am 16. April will er in unserem Land auftreten, sonst... «Die Planungen dafür laufen», verkündete Ministerpräsident Binali Yildirim Ende Februar, auch wenn eine offizielle Anmeldung beim Auswärtigen Amt bis Mitte März noch nicht vorlag.

Seit Beginn der Abstimmungskampagne hat die Führung in Ankara ihren Konfrontationskurs gegenüber Deutschland verschärft. Auch Erdogans Vertraute drohen unverhüllt. «Wenn die Bundesregierung ihre Beziehung mit uns erhalten will, muss sie lernen, wie sie sich uns gegenüber zu benehmen hat. (...) So geht das nicht. Wir werden uns ohne Zögern dafür rächen. Und dann könnt Ihr Euch den Rest denken», sagte Außenminister Mevlüt Cavusoglu, nachdem sein Auftritt in Hamburg aus Brandschutzgründen abgesagt worden war. Und weiter: «Keiner von Euch kann sich uns in den Weg stellen.»

Die ideologische Garnierung der Drohungen ist dem Sprachfundus der europäischen Politischen Korrektheit entnommen. «Regierungen und Einrichtungen müssen

> «Keiner von Euch kann sich uns in den Weg stellen.»
> Außenminister Mevlüt Cavusoglu

Die heutige türkische Fahne – hier geschwenkt am 12.9.2015 in Mannheim – wurde im Jahre 1936 eingeführt. Ihre Urform stammt jedoch bereits aus osmanischer Zeit.
Foto: picture alliance / dpa

Junge Türken warten im Juli 2016 auf einen Auftritt Erdogans in Köln. Foto: picture alliance / dpa

gegen den Aufstieg des Rassismus in Europa eine gemeinsame Politik entwickeln», zeterte EU-Minister Ömer Celik. Justizminister Bekir Bozdag halluzinierte über «faschistisches Vorgehen». Auch Erdogan selbst schwang die Nazikeule. «Ich habe gedacht, der Nationalsozialismus in Deutschland sei vorbei, aber es geht immer noch weiter».

Erdogans Mob

Die Möglichkeit, seine Aufstandsdrohung wahr zu machen, hat der türkische Präsident auf jeden Fall. Als Teile des Militärs Ende Juli 2016 gegen ihn putschen wollten, mobilisierte er seine Anhänger in Deutschland binnen Stunden wie auf Knopfdruck. In Großstädten wie Berlin, Stuttgart und Hamburg sowie im Ruhrgebiet waren mitten in der Nacht 20.000 Türken auf den Beinen, die wie entfesselt Fahnen mit dem Halbmond schwenkten und «Allahu akbar» brüllten. Dem österreichischen Grünen-Abgeordneten Peter Pilz liegen geheime Dokumente aus mehreren türkischen Botschaften vor, aus denen klar das Ziel einer «politischen Destabilisierung» der EU-Staaten hervorgehe.

Schon im Mai 2015, vor den letzten Parlamentswahlen in der Türkei, hatte Erdogan Heerschau gehalten, 14.000 seiner Anhänger strömten in Karlsruhe zusammen. «Ihr seid unsere Macht außerhalb des Landes», rief er ihnen zu. «Unsere Religion, unser Glaube ist unser Alles.» 15 Mal pries der Staatschef in seiner Rede Allah. Fanatisiert skandierte die Menge: «Eine Nation – eine Fahne – ein Vaterland – ein Staat.»

Diese Macht außerhalb des Landes, so scheint es, könnte Erdogan nun von der Leine lassen. Das Gewaltpotential seiner fünften Kolonne ist erheblich. Die Ordner bei den Demonstrationen stellt oft der Club Osmanen Germania BC, die derzeit am schnellsten wachsende Organisationsstruktur im Rockermilieu. Dabei handelt es sich um brutale Typen, die – so die niedersächsische Landesregierung – die Hells Angels in vielerlei Hinsicht imitieren, aber «nach eigenem Bekunden (....) kein Interesse am Motorradfahren» haben.

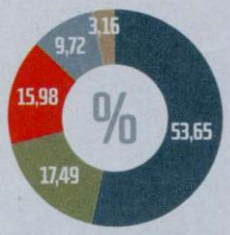
> «Ihr seid unsere Macht außerhalb des Landes.» Erdogan zu Deutsch-Türken

Neben den traditionellen Vereins- und Moscheeverbänden sowie 800 hauptberuflichen Agenten und 6.000 Spitzeln, die der türkische Geheimdienst MIT in Deutschland beschäftigt (siehe Seite 19 bis 21) gibt es auch besonders gefährliche Schlägerverbände, etwa das seit Sommer 2015 überregional mit Demonstrationen hervorgetretene sogenannte Deutsche Neutürken-Komitee AYTK, eine Dachorganisation für die früher verfeindeten Milieus von Faschisten einerseits, Fundamentalisten andererseits. Typisch für den neuen Schulterschluss ist der mächtige Mafiapate Sedat Peker, der Erdogan beim Verfassungsreferendum tatkräftig unterstützt. «Bei Wahlveranstaltungen grüßt Peker seine Anhänger mit dem Erkennungszeichen der nationalistischen Grauen Wölfe mit der rechten Hand und dem Zeichen der Muslimbrüder mit der linken.» (FAZ, 10.3.2017) Wegen der Auftrittsbeschränkungen für türkische Minister in Deutschland und der -verbote in Österreich und den Niederlanden drohte er Anfang März «überall in Europa schlimme Aktionen» an.

Am explosivsten dürfte die Verbindung zwischen Schläfern des Islamischen Staates (IS) und türkischem Geheimdienst sein. Seit Beginn des Krieges gegen

Erdogans Macht in Almanya

Wahlergebnisse unter Deutsch-Türken bei der türkischen Parlamentswahl 2015.



Werte in Prozent.

- AKP islamisch-konservativ
- CHP sozialdemokratisch
- MHP Graue Wölfe
- HDP sozialistisch, pro-kurdisch
- Andere

Quelle: Daily Sabah

Grafik: COMPACT

Syrien 2011 hat Erdogan den IS unterstützt – dessen Nachschub- und Schmuggelrouten liefen ungehindert durch türkisches Gebiet. Immer wieder gab es ernstzunehmende Hinweise, dass auch bei IS-Terroranschlägen in der Türkei Agenten des MIT ihre Finger im Spiel hatten – um Vorwände für Erdogan zu schaffen, seine Macht mit Sondergesetzen immer weiter auszuweiten. Der osmanische Anteil an den hiesigen IS-Rekruten ist jedenfalls hoch. «Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden hatte etwa ein Viertel der 760 deutschen Islamisten beziehungsweise Islamisten aus Deutschland, die bis Ende 2015 in Richtung Syrien/Irak ausreisten, die türkische Staatsangehörigkeit oder war türkischstämmig», erklärte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im August 2016. Zwei Dutzend dieser Fanatiker würden genügen, um Erdogans Destabilisierungsstrategie gegen Deutschland mit einem Bombenfeuerwerk zu unterstützen.

Berlin kuscht

Angesichts der offenen Drohungen aus Ankara übt sich das politische Berlin im Kotau. Dabei war es nicht einmal Kanzlerin Angela Merkel, sondern ihr SPD-Herausforderer Martin Schulz, der sich aktuell am tiefsten bückte: «Wie jeder andere Vertreter benachbarter und befreundeter Staaten ist natürlich auch Herr Erdogan in Deutschland willkommen», sagte er, garniert mit einigen Floskeln über Demokratie und Menschenrechte. Die Kanzlerin selbst hielt sich zunächst eher im Hintergrund. Ihre Pressestelle gab die Rautenfrau indirekt mit den Worten wieder, es «seien auch Auftritte türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland innerhalb des Rechts und der Gesetze möglich, sofern sie ordnungsgemäß, rechtzeitig und "mit offenem Visier" angekündigt und genehmigt seien.» Offenbar ist man im Kanzleramt also bereits dankbar, wenn Erdogans Regierungsmaschine nicht unangekündigt auf einem deutschen Flughafen aufsetzt...

Für Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist «entscheidend, dass wir jetzt deeskalieren». SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sprach sich am 7. März gegen Auftrittsverbote türkischer Politiker in Deutschland aus, da sie Erdogan in die Hände spielen würden. Auch Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) wandte sich in der *Welt am Sonntag* gegen einen Redestopp – dieser wäre angeblich eher kontraproduktiv.

Der Mafiapate drohte Anfang März «überall in Europa schlimme Aktionen» an.

Einen besonderen Kniefall machte Bundesaußenminister Sigmar Gabriel am 8. März. Nach seiner provokativen Rede in Hamburg war Cavusoglu tags darauf nach Berlin gereist. Doch zu einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen fuhr er nicht etwa ins Auswärtige Amt, sondern ließ den Deutschen zu sich ins Hotel Adlon kommen. Ein unmissverständliches Symbol, wer hier Herr und wer Gescherr ist.

Die Schuld an der Misslaunigkeit des Sultans gleich ganz und gar den Deutschen zuzuschreiben, wagte bislang noch kein deutscher Spitzenpolitiker. Diese Aufgabe übernahm der einstige SPD-Bundesgeschäftsführer und EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen:

Türken in Deutschland

Die offizielle Statistik weist 2.851.000 Türken in der Bundesrepublik aus, davon haben 1.506.113 einen deutschen Pass. Damit stellen die Osmanen die größte Immigrantengruppe in Deutschland. Die Dunkelziffer dürfte allerdings erheblich sein, da seit Öffnung der Grenzen im September 2015 praktisch keine Einreisekontrolle mehr erfolgt.

Bei den Parlamentswahlen im Herbst 2015 gaben 60 Prozent der hiesigen Türken ihre Stimme der Erdogan-Partei AKP – zehn Prozentpunkte mehr als in der Türkei selbst. Deutschland ist nach Istanbul, Ankara und Izmir der viertgrößte Abstimmungsbezirk beim Referendum am 16. April.

Inoffizielle deutsch-türkische Flagge. Foto: Public domain, Wikimedia Commons

Darf sie ihm nicht in die Augen blicken? Merkel im Februar 2017 bei Erdogan. Foto: picture alliance / abaca

AKP und Muslimbrüder

Erdogans politischer Ziehvater war Necmettin Erbakan, der historische Führer der auch in Deutschland aktiven Milli-Görüs-Bewegung («Nationale Sicht»). Gemeinsam hatten der alte Fuchs und der junge Stier in den 1970er Jahren – damals war die Türkei noch laizistisch – die strenggläubigen Muslime zu sammeln versucht. Immer wenn die kemalistische Staatsführung ihnen eine Partei verboten hatte, machten sie unter einem neuen Etikett weiter. Doch als 2001 ihre Tugendpartei auf Druck der Militärs aufgelöst wurde, zog Erdogan den Neuanfang ohne den Alten durch: Er gründete die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, auf Türkisch Adalet ve Kalkinma Partisi oder kurz AKP, und sammelte in ihr nur die angeblich reformbereiten Kräfte des islamistischen Lagers. Schon bei den Wahlen 2002 errang die neue Kraft 34,4 Prozent (und damit, aufgrund des eigenwilligen türkischen Wahlgesetzes, eine Zweidrittelmehrheit im Parlament). Das lebenslange Politikverbot gegen Erdogan aus dem Jahr 2001 wurde natürlich bald aufgehoben: 2003 wurde er Premier, 2014 wechselte er ins Präsidentenamt.

Erdogan werden Verbindungen zur mächtigen Muslimbruderschaft (MB) nachgesagt, aus der in den letzten Jahrzehnten alle terroristischen Gruppen hervorgingen und die mit Mohammed Mursi 2012 den ägyptischen Präsidenten stellte. Tatsächlich hatte sich der machtbewusste Türke im Kairoer Machtkampf offen hinter Mursi gestellt. «Recep Tayyip Erdogan, der ewige Muslimbruder», titelte *Die Welt* Ende 2013. In jedem Fall gehörte Erdogans früherer Kampfgenosse Erbakan der Geheimgesellschaft an: Die MB hatte auf die Gründung eines türkischen Zweiges verzichtet, weil sie in dessen Milli-Görüs-Bewegung Gesinnungsgenossen sah.

Zeichen der AKP. Foto: AK Parti

«Seit 60 Jahren wird einem großen europäischen Volk der EU-Beitritt versprochen. Dieses Versprechen ist 60 Jahre nicht eingehalten worden», warb er bei der ARD-Sendung *Anne Will* um Verständnis für die Ausbrüche Erdogans. Auch der medial omnipräsente Vorsitzende des Zentralrats der Muslime Aiman Mazyek übte sich in routinierter Deutschen-Schelte. Die «Befindlichkeiten» der Türken seien nicht ernstgenommen worden, barmte er am 8. März im Fernsehsender *Phoenix*. Viele Deutsch-Türken hätten «eher versucht, in der Türkei Karriere zu machen, anstatt hier in Deutschland in die Parlamente zu gehen» – eine Kritik, die einer Rede Erdogans entnommen sein könnte.

Merkel unterm Halbmond

Allein zwischen Oktober 2015 und Februar 2016 eilte Merkel sechs Mal in die Türkei. In der Regel trat sie dabei so devot auf, als mache die Abgesandte eines tributpflichtigen osmanischen Sandschaks ihre ehrerbietige Aufwartung bei der Hohen Pforte. So lief es auch im Februar 2017: Der Sultan ließ die Bittstellerin warten, mehrfach eigenmächtig das Programm ändern und empfing die Untergebene aus Almanya schließlich – nicht zum ersten Mal – vor einer Kulisse aus fast ausschließlich türkischen Fahnen. Merkels Verhalten erinnert an die Prophezeiung von EU-Kommissar Günther Oettinger aus dem Jahre 2013: Eines Tages könnte die EU die Türkei so dringend brauchen, dass ein Kanzler «auf Knien nach Ankara rutschen» werde.

Die Kanzlerin – so die gebetsmühlenartige Begründung ihrer Hofjournalisten – müsse solche und andere Zumutungen schweigend ertragen, weil nur Ankara Europa vor den weiteren Folgen ihrer einsamen Grenzen-auf-Entscheidung bewahren könne. Doch diese Ausrede ist unglaubwürdig. Auf die Gnade Erdogans wären Deutschland und Europa in der Flüchtlingsfrage gar nicht angewiesen (siehe Artikel auf Seite 13). Vor allem jedoch war der Bückling bereits vor der Asylflut die bevorzugte Körperhaltung deutscher Politiker gegenüber der Türkei.

> «Auf Knien nach Ankara rutschen».
> EU-Kommissar Günther Oettinger

Genügen sich Merkel und Co. also als willige Statisten neo-osmanischer Vormachtpolitik? Verschließt das bunte Establishment der Bundesrepublik schlicht die Augen vor den Folgen der eigenen Kollaboration? «Wer sich zum Schaf macht, den fressen die Wölfe», soll ein türkisches Sprichwort lauten.

Das deutsche Volk denkt und fühlt immerhin anders als seine vermeintlichen Eliten: Mit Verständnis bei der «Köterrasse» – so das ehemalige Vorstandsmitglied des Türkischen Elternbunds Hamburg Malik Karabulut über die Deutschen – kann Erdogan nicht rechnen. In einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von *Bild am Sonntag* sprachen sich Ende Februar 77 Prozent für ein Verbot der drohenden Erdogan-Show aus. Lediglich 15 Prozent wollten dem Sultan eine Bühne bieten. 81 Prozent der Befragten meinten sogar, die Bundesregierung lasse sich von Ankara zu viel gefallen. Die wachsende Wut der Deutschen hat auch ökonomische Auswirkungen: Die Buchungszahlen für Reisen in die Türkei sind mittlerweile um 58 Prozent eingebrochen. ■

In Hamburg drohte Außenminister Cavusoglu Deutschland mit «Rache». Foto: picture alliance / Daniel Reinhardt/dpa

Merkel im Erdowahn

_ von Jürgen Elsässer

In Berlin residiert eine türkische Kanzlerin: Angela Merkel hat mit dem unberechenbaren Autokraten am Bosporus einen Pakt gegen Deutschland und Europa geschlossen. Die Asylanten-Invasion wird durch den Deal nicht gestoppt, sondern erst recht angeheizt.

Im Harem des Sultans hat Angela Ayse Merkel nicht viel zu lachen. Foto: picture alliance / AP Photo

Der türkische Ministerpräsident war bester Stimmung, als er am 7. März 2016 in einer schwarzen Luxuslimousine eines deutschen Autobauers vor dem Justus-Lipsius-Gebäude in Brüssel vorfuhr. Drinnen erwarteten ihn schon die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zum gemeinsamen Gipfel. Als sich die große Runde an die Mittagstafel setzte – es gab Selleriesuppe mit Karottenraspeln, Seezunge mit glaciertem Gemüse und zum Abschluss Mango- und Himbeerdessert –, ließ Ahmet Davutoglu die Katze aus dem Sack: Er hatte einen neuen Vorschlag zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Leider würde dieser etwas teurer werden: Statt drei Milliarden Euro, wie Ende vorletzten Jahres vereinbart, verlange die Türkei nun das Doppelte aus den EU-Kassen. Der deutsche Anteil daran beliefe sich auf 855 Millionen Euro.

Die Unterwerfung

Die Türkei würde sich im Gegenzug dazu bereit erklären, alle von dort nach Griechenland kommenden Flüchtlinge zurückzunehmen, also nicht nur offensichtliche Betrüger mit rein wirtschaftlichen Interessen, sondern auch die Syrer, die tatsächlich humanitäre Schutzrechte beanspruchen könnten. Was sich auf den ersten Blick gut anhörte, hatte im Kleingedruckten einen riesigen Pferdefuß: Für jeden zurückgenommenen Migranten sollte Ankara einen anderen, der sich bisher schon in der Türkei aufhält, ganz offiziell an die EU überstellen können. Da mittlerweile über zwei Millionen Menschen aus den Kampfzonen zwischen Levante und Euphrat nach Kleinasien geflohen sind, könnte der Ringtausch ziemlich lange fortgesetzt werden, ohne dass die Zahl der nach Europa Kommenden abnähme. Es gäbe nur einen Unterschied: Die Neusiedler müssten sich ihren Weg ins gelobte Deutschland nicht mehr unter Strapazen und Gefahren selbst suchen und auch noch die Schleuser bezahlen, sondern würden bequem aus Istanbul oder Izmir mit dem Jumbo nach Berlin oder Düsseldorf geflogen. Auch diese Spesen – etwa 200 Euro pro Kopf – hätte der Fiskus in Deutschland zu finanzieren.

Aber mit Geld allein war Davutoglu nicht zufrieden und formulierte eine weitere Bedingung für die Kooperation mit der EU: Die erweiterte Visa-Freiheit für seine Landsleute müsse schon ab 1. Juli in Kraft treten. Selbst wenn also die Zahl der Asylbewerber zurückgehen sollte, würde die Belastung in der EU, vor allem in Deutschland, weiter ansteigen: Statt Syrern

«Wir können die Tore nach Griechenland und Bulgarien jederzeit öffnen.»
Recep Tayyip Erdogan

Mit aller Härte gegen Kritiker: Bei der Erstürmung der Zeitung Zaman setzte die türkische Polizei am 4. März 2016 in Istanbul Tränengas und Wasserwerfer ein.
Foto: picture alliance / AP Photo

> «Leistungen der Türkei können nicht hoch genug gewürdigt werden.»
> Angela Merkel

Elsässer auf dem Wochenendcover der türkischen Zeitung «Aydinlik», Mai 2014. Auch diese Redaktion steht unter dem Druck des Erdogan-Regimes. Foto: Aydinlik

und anderer Araber kämen dann eben Türken zu uns. Da seit Frühsommer 2015 das Erdogan-Regime einen schmutzigen Krieg gegen die Kurden führt, dürften das Auswanderungsinteresse gerade in den betroffenen anatolischen Provinzen recht hoch sein. Der populäre Kurdenpolitiker Abdullah Demirbas warnte: «Wenn der Frühling kommt, könnte die Gewalt sich steigern, und wenn sie auf Istanbul, Ankara und Izmir übergreift, könnte eine neue, diesmal kurdische Flüchtlingswelle entstehen und Millionen umfassen.»

Trotz der dreisten Forderungen aus Ankara warb Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am 16. März 2016 vor dem Bundestag für den faulen Kuhhandel: Die «Leistungen der Türkei können nicht hoch genug gewürdigt werden». Vom Koalitionspartner kam Unterstützung. «Das ist ein ganz großer Erfolg», lobte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann das geplante Abkommen. Innenminister Thomas de Maizière hatte schon vorab die kurdische Mahnung frivol zurückgewiesen: «Wir sollten nicht der Schiedsrichter beim Thema Menschenrechte für die ganze Welt sein.» Als ob die Bundesregierung nicht genau diese Rolle ständig – von Libyen über Syrien bis hin zu Russland – für sich beansprucht hätte! Doch die Osmanen genießen in Berlin Privilegien. Selbst FDP-Chef Christian Lindner empörte sich: «Frau Merkel hat die Wertegemeinschaft EU in den Schwitzkasten von Herrn Erdogan gebracht.»

Die Erpressung

Den Verhandlungen vom März war ein monatelanges Powerplay vorangegangen, in dem Recep Tayyip Erdogan mit der kompletten Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge drohte, sollte Brüssel seinen Forderungen nicht nachgeben. Die Website *euro2day.gr* veröffentlichte im Februar 2016 das vierseitige Protokoll eines Gesprächs, das der türkische Präsident mit EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk am Rande des G20-Gipfels im November in Antalya geführt haben soll. Als man sich beim Geld zunächst nicht einigen konnte, wurde der Autokrat giftig: «Wir können die Tore nach Griechenland und Bulgarien jederzeit öffnen und die Flüchtlinge in Busse setzen.» Provokativ stichelte Erdogan weiter: «Wie wollen Sie mit den Flüchtlingen umgehen, wenn Sie keine Einigung erzielen? Die Flüchtlinge töten?» Tusk habe geantwortet, man könne die EU weniger attraktiv für Migranten machen, aber das sei nicht die Lösung, die man wolle. Daraufhin habe Erdogan geantwortet, dass Europa mit mehr als nur einem toten Jungen an der türkischen Küste konfrontiert werde. «Es werden 10.000 oder 15.000 sein. Wie wollen Sie damit umgehen?» Juncker soll ihn daraufhin besänftigt haben: «Wir arbeiten hart, und wir haben Sie in Brüssel wie einen Prinzen behandelt». Erdogan habe zurückgegeben: «Wie einen Prinzen? Natürlich, ich repräsentiere kein Dritte-Welt-Land».

Als die Verhandlungen trotzdem nicht mit dem von ihm gewünschten Ergebnis endeten, setzte er Mitte Februar noch einmal die Daumenschrauben an: «Erdogan droht Merkel mit hunderttausenden neuen Flüchtlingen», meldeten die *Deutsch Türkischen Nachrichten*. Danach soll die Kanzlerin eingeknickt sein. Doch die Kapitulation der Kanzlerin war in Wirklichkeit Kollaboration: Die EU war nämlich im Februar 2016 bei der Sicherung ihrer Außengrenze gar nicht mehr auf die Unterstützung durch Erdogan angewiesen. Dank der Initiative des ungarischen Premiers Viktor Orban hatten die Balkanstaaten bereits von ganz alleine mit der Schließung ihrer Grenzen begonnen. Doch genau

in dem Moment, als die Balkanroute wirklich dicht war und die Massen an der mazedonischen Grenze nicht mehr weiterkamen, erfand Merkel mit Erdogan zusammen eine Ausweichoption, wie künftig die Massen direkt von der Türkei nach Europa geflogen werden könnten – den eingangs beschriebenen Deal.

Der Pakt

Orban warnte vor einem «Geheimpakt» zwischen Berlin und Ankara – aber mittlerweile ist daran gar nichts mehr geheim. Die autistische Kanzlerin und der autokratische Präsident machen aus ihrer Sonderbeziehung keinen Hehl. Während Merkel zuvor in der Außenpolitik immer den Direktiven aus Washington folgte, steht ihr Kniefall vor Erdogan in bemerkenswertem Widerspruch zu Barack Obamas Kritik. Der damalige US-Präsident hatte empört reagiert, als die Türkei Mitte Februar 2016 mit Bomben und Spezialtruppen auch in Syrien auf Kurdenjagd ging – denn die dortigen Peschmerga der YPG-Milliz werden von Russland und den USA gleichermaßen unterstützt. Aus Berlin hörte man nichts dergleichen – stattdessen wiederholte Fraktionschef Volker Kauder zur selben Zeit Erdogans Schuldzuweisung an Moskau: «Ich habe durch eigene Gespräche den begründeten Hinweis, dass durch das Bombardement der Russen die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien weiter steigen wird.»

Aber nicht nur wegen seiner Einmischung im Nachbarland steht Erdogan in der Kritik. Hohe Wellen schlägt auch, wie rigoros er die Medien gleichschaltet. Kurz vor dem EU-Gipfel im März 2016 ließ er die Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern die Redaktion der Tageszeitung *Zaman* stürmen und stellte das mit 650.000 Exemplaren auflagenstärkste Blatt des Landes kurzerhand unter Zwangsverwaltung. Die gesamte Führungsspitze wurde ausgetauscht. Am nächsten Tag erschien *Zaman* mit ausschließlich regierungsfreundlichen Artikeln, von der Titelseite lächelte der gütige Erdogan. Doch diese Unterwürfigkeit nutzte den Machern nichts. Vier Monate später wurde *Zaman* verboten.

Erdogan-Anhängerin in Gaza: Bereits als Premier beendete der Türke die traditionell engen, vor allem militärischen Beziehungen zu Israel. Foto: picture alliance / NurPhoto

Orban warnte vor einem «Geheimpakt» zwischen Berlin und Ankara.

Das Gleiche war bereits im Oktober 2015 bei der Tageszeitung *Bügün* passiert. Und von *Cumhuriyet* saßen zwei Mitarbeiter mehrere Monate im Knast, weil sie über türkische Waffenlieferungen an den IS berichtet hatten. Als sie durch ein Urteil des Verfassungsgerichtes im Februar 2016 – vorläufig! – auf freien Fuß gesetzt wurden, drohte Erdogan mit dessen Auflösung... Insgesamt verloren seit 2014 rund 1.500 Journalisten ihren Job, berichtete kurz darauf die *Frankfurter Allgemeine* unter der Schlagzeile: «Auf dem Weg in Erdogans Unrechtsstaat». Und weiter: «Sein Ziel ist die unumschränkte Macht, die Folgen sind absehbar.»

Der Pakt zwischen Macho und Mutti ist keiner auf Augenhöhe: Sie wertet das Großmaul in einer Situation außenpolitischer Schwäche – in Syrien hat er es vergeigt, die Kurden sind außer Kontrolle, mit Obama war er über Kreuz – auf. Aber was bekommt sie im Gegenzug von ihm? Zunächst durfte nicht einmal die eigentlich gemeinsam beschlossenen NATO-Patrouillen in der Ägäis in türkische Gewässer fahren, kein einziger Migrant wurde auf diese Weise gestoppt. Dabei hätte Merkel entsprechende Fernsehbilder vor den Landtagswahlen im März 2016 gut gebrauchen können. Aber Erdogan will nichts geben, sondern nur nehmen und immer mehr erpressen.

Selbst den Linken und Grünen, bisher die treuesten Unterstützer von Merkels Refugees-welcome-Politik, geht ihr Kotau vor der Türkei zu weit. Aber nachdem sie die fiktive europäische Lösung, von der sie immer schwafelt, nicht einmal bei den Partnerländern durchsetzen kann, und die reale europäische Lösung, die auf der Balkanroute jetzt Ruhe geschaffen hat, nicht akzeptieren will, ist sie auf Gedeih und Verderb auf die Gnade des neuen Sultans angewiesen. ■

COMPACT-Spezial Nr. 8: Asyl. Das Chaos – So kommt der Bürgerkrieg zu uns. Foto: COMPACT

Ein Alarmruf

«Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) und die mit ihr unmittelbar oder mittelbar vernetzten Organisationen, wie etwa die türkische Milli Görüs, sind politische Islamisten. Sie vertreten eine sehr radikale Haltung, die die absolute Geltung des Grundgesetzes nicht akzeptiert. Wie die terroristischen Islamisten kämpfen sie für die Verbreitung der Scharia, doch ihre Vorgehensweise ist anders: Sie rufen nicht direkt zur Gewalt auf, sondern nutzen gesetzliche Freiräume, um gegen unsere Rechtsordnung vorzugehen. Die ihnen zugerechneten Publikationen sind voll von antisemitischer Hetze und propagieren die Überlegenheit des Mannes gegenüber der Frau. Die Frage zum Beispiel, ob man seine Ehefrau schlagen sollte, wenn sie nicht gehorcht, beantworten politische Islamisten auf ihren Internetseiten so: erst reden, dann getrennte Ehebetten, und wenn auch das nicht hilft, helfen Prügel.» (Die damalige CDU-Bundestagsabgeordnete und spätere Bundesfamilienministerin Kristina Schröder in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 11.5.2007, nach einem Auftritt des IGD-Chefs el-Zayat auf der Islamkonferenz der Bundesregierung)

Das Symbol der IGD. Quelle: IGD

«Das Einreiseverbot wird durchgesetzt»

_von Jürgen Elsässer

In der zweiten Reihe der Regierung regt sich massiver Unmut gegen das Nachgeben der Kanzlerin im Falle Erdogan. Ein Geheimplan zirkuliert, wie Auftritte des türkischen Präsidenten verhindert werden könnten. Prominente Verfassungsrechtler verweisen auf die juristische Handhabe gegen die Anmaßungen aus Ankara.

«Die Eurofighter können Erdogans Maschine zur Landung zwingen.»
Ministerialbeamter

«Jetzt reicht es. Das war zu viel», so fasste ein ehemaliger Staatssekretär gegenüber COMPACT die Stimmung in Sicherheitskreisen zusammen, nachdem die Türkei am 8. März 2017 einem Bundestagsabgeordneten den Besuch der Bundeswehreinheit auf dem türkischen Stützpunkt Konya verweigert hatte. Abgelehnt wurde Jan van Aken, der außenpolitische Sprecher der Linken im Bundestag. «Die Türken verhalten sich uns gegenüber nicht wie ein NATO-Partner, sondern wie ein Feindstaat. Unsere Parlamentarier dürfen nicht mal unsere Soldaten besuchen, die vor allem auf Wunsch Ankaras in der Türkei stationiert wurden – aber Erdogan will bei uns einreiten, als seien wir eine osmanische Provinz», wird von einem hohen Beamten kolportiert. Unser Gewährsmann für die Zitate pflegt auch nach seiner Pensionierung gute Beziehungen in die Apparate und Dienste, will aber aus verständlichen Gründen nicht genannt werden.

Abfangjäger gegen Erdogan

Der Unmut gegen die Arroganz des türkischen Präsidenten konzentriert sich demnach vor allem im Bundesinnenministerium. In denselben Kreisen zirkulierten schon im Oktober 2015 sogenannte Non-Papers, die offen zur Durchsetzung von Rechtsstaat und Souveränität auch gegen die Kanzlerin aufforderten. So hieß es etwa in einem der Expertisen, verfasst von einem «hochrangigen Sicherheitsmann aus dem Bundesapparat» *(Welt)*, über die Notwendigkeit einer Schließung der Grenzen: «Die Bundespolizei ist hierzu nach dem Aufenthaltsrecht verpflichtet; gegenteilige Weisungen der Bundesregierung sind rechtswidrig.» Ein weiterer «hochrangiger Beamter», dessen Namen *Die Welt* ebenfalls nicht preisgab, argumentierte ähnlich: «Entgegenstehende Weisungen sind rechtswidrig und führen zur Strafbarkeit (...) wegen Anstiftung oder Beihilfe zur illegalen Einreise von Ausländern (...).»

«Diese Beamten sind im Herbst 2015 noch vor eigenmächtigem Handeln zurückgeschreckt – aber jetzt wollen sie sich nicht mehr zurückhalten. Sie sagen: Wenn Erdogan mit dem Segen der Kanzlerin kommt, werden wir einen Vorwand finden, ihn festzuhalten – notfalls

Müssen sie den fliegenden Teppich des Sultans stoppen? Deutsche Abfangjäger, hier während der Internationalen Luftfahrtausstellung 2008. Foto: picture-alliance/dpa

sagen wir: zu seinem eigenen Schutz,» berichtete der Staatssekretär a.D. von seinen Gesprächen. Ein anderer Beamter habe ihm gegenüber ergänzt: «Und wenn Erdogan gegen den Willen der Kanzlerin einfliegt, liegt eine Luftraumverletzung vor. Zur Gefahrenabwehr gibt es in einem solchen Fall die Alarmrotten unserer Luftwaffe, die Eurofighter können Erdogans Maschine zur Landung zwingen.» Die Maschinen stehen in Neuburg an der Donau, in Wittmund in Ostfriesland sowie als Reserve in Laage bei Rostock aufgetankt bereit und können jeden Punkt im deutschen Luftraum binnen Minuten erreichen. «Das Einreiseverbot wird durchgesetzt», waren sich die Beamten einig.

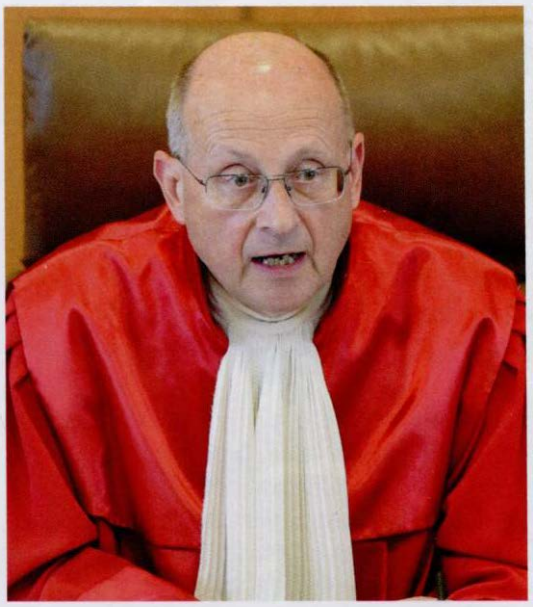
Im Bundestag brodelt es unter der Oberfläche. «Deutschland und Europa müssen jetzt die Daumenschrauben anziehen», zitiert der *Stern* vom 9. März «einen aus der Koalition». Auch für den CSU-Außenexperten Hans-Peter Uhl kommt ein Wahlkampfauftritt Erdogans in Deutschland «überhaupt nicht in Frage». Als Druckmittel überlegt werden etwa die Kürzung von Hermes-Bürgschaften im bilateralen Handel oder die Streichung von EU-Demokratiebeihilfen, über die jährlich im Schnitt 700 Millionen Euro nach Ankara fließen – während die demokratischen Rechte im Zielland immer mehr eingeschränkt werden. Nach dem gescheiterten Putsch im letzten Juli wurden fast 130.000 Beamte aus dem Staatsdienst herausgesäubert, 46.000 angebliche Putschisten kamen hinter Gitter.

Doch an der Kanzlerin prallen solche Vorstöße regelmäßig ab. Parteifreunde, die sie zu einer härteren Gangart gegenüber Erdogan drängen wollten, berichteten dem *Stern* von ihrer Reaktion: «Wenn ich das mache, geht Erdogan zu Putin. Das wollen Sie doch nicht, oder?»

Klartext von hochrangigen Juristen

Rückendeckung erhält die Empörung gegen die Rautenfrau durch Expertisen bedeutender Staatsrechtler. So betonte der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ferdinand Kirchhof, gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), dass ein Einreiseverbot für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan «in der Hand der deutschen Regierung» liege und «erst danach im konkreten Verbotsfall von Gerichten zu überprüfen» wäre. Und weiter: «Wenn er als Staatspräsident, also als einer der höchsten Repräsentanten der Türkei, auftritt, kann er sich zumindest nicht auf Grundrechte berufen.» Und er fügte hinzu: «Er muss sich dann an die diplomatischen Regeln des Völkerrechts halten. Das internationale Recht erlaubt die Beschränkung der politischen Tätigkeit von Vertretern fremder Staaten.»

Ähnlich argumentierte, ebenfalls in der FAZ, der Völkerrechtler Christian Tomuschat, ehemals Mitglied des UN-Menschenrechtsausschusses und der UN-Völkerrechtskommission. Er vertrat, dass Ausländern die politische Betätigung zwar im Allgemeinen gestattet



Verfassungsrichter Ferdinand Kirchhof. Foto: picture alliance / dpa

sei, dies jedoch nicht «auf Inhaber höchster Staatsämter» wie einen Regierungschef oder einen Minister zutreffe. «Sie treten in Deutschland nicht als beliebige Angehörige des fremden Staates auf, sondern als Amtsträger mit Hoheitsfunktion. (...) Nach den in Artikel 25 des Grundgesetzes anerkannten allgemeinen Regeln des Völkerrechts ist im Prinzip jede hoheitliche Tätigkeit auf fremdem Staatsgebiet als unzulässige Beeinträchtigung der Gebietshoheit zu beurteilen. (....) Einen Anspruch auf Zulassung solcher Werbung für seine Ziele hat ein fremder Amtsträger nicht.»

In derselben Ausgabe verwies FAZ-Redakteur Reinhard Müller darauf, dass Erdogan schon höchstpersönlich «die Grenzen des deutschen Versammlungsrechts erfahren» hat: «Das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht bestätigte Ende Juli vergangenen Jahres das Verbot, Erdogan und weitere Regierungsmitglieder in Köln auf einer Veranstaltung per Video zuzuschalten.»

Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider sieht einen prinzipiellen Unterschied zwischen Politikern, die aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) kommen und deswegen mit Deutschland in einem gemeinsamen Rechtsrahmen verbunden seien, und Funktionsträgern von Staaten außerhalb der EU. Letztere dürften «bei uns zwar ihre Meinung äußern, aber sie haben kein Recht darauf, dies auf Versammlungen zu tun», betonte er gegenüber COMPACT. Der Rechtsstatus ausländischer Politiker entspreche dem von Diplomaten: «Sie können zur Persona non grata erklärt werden und müssen dann das Land sofort verlassen.» Und weiter: «Will Erdogan gegen den Willen der Bundesregierung in Deutschland auftreten, so ist er an der Grenze zurückzuweisen.» (Eine ausführliche Analyse von Professor Schachtschneider zum Thema können Sie in COMPACT 4/2017 lesen.) ■

Die Türkei macht dicht

Einreiseverbote sind in den jüngsten deutsch-türkischen Beziehungen keineswegs etwas Neues – jedenfalls von der türkischen Seite. So durften im Sommer 2016 Abgeordnete von Union, SPD, Grünen und Linken den 250 auf der türkischen Luftwaffenbasis Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten keinen Besuch abstatten. Das Einreiseverbot war offenkundig eine Vergeltungsaktion, nachdem der Bundestag fast einstimmig das Abschlachten der Armenier im Osmanischen Reich 1915 als Völkermord anerkannt hatte. Auch eine Intervention von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen änderte an der Aussperrung der Parlamentarier nichts. Erst persönliches Buckeln der Kanzlerin bei Erdogan am Rande des G20-Gipfels in China im September brachte Erfolg. Dabei achtete das osmanische Protokoll – wie schon bei vorangegangenen Treffen – penibel auf entwürdigende Details für die Deutsche. So fand sich die Kanzlerin umringt von mannshohen türkischen Fahnen wieder. Nur ein schwarz-rot-goldenes Winkelement markierte jenen Teil des Raumes, an dem der niedrige Gast platziert war. Die Optik erinnerte sogar *Die Welt* an eine «Sühne-Audienz». Zuvor war bekannt geworden, dass die Bundeswehr ihr Scheckbuch zücken und 58 Millionen Euro in den Flughafen Incirlik investieren werde.

«Wenn ich das mache, geht Erdogan zu Putin. Das wollen Sie doch nicht, oder?» Angela Merkel

«Leisetreterei der Bundesregierung»

O-Ton Sevim Dagdelen

Eine Frau kämpft wie ein Mann – die Männer aber verhalten sich wie Waschweiber: In der Talkshow von Anne Will forderte allein die linke Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen ein Auftrittsverbot für Erdogan und seine Einpeitscher. Justizminister Heiko Maas und sein SPD-Parteifreund Günter Verheugen predigten dagegen Redefreiheit für den Despoten.

«Millionen von Türken ... haben einen Anspruch darauf, das zu hören, was diese Leute sagen.»
Verheugen

Dagdelen: Wir sagen ja nicht: «Wir wollen keinen Dialog. Wir wollen keine Gespräche.» Sondern ich möchte nicht, dass Deutschland zur Wahlkampfarena der türkischen Despotie wird. Wenn die Opposition in der Türkei in den Foltergefängnissen eingekerkert ist und eben keine Nein-Kampagne zum Referendum am 16. April machen kann und selbst Informationstische – was für uns in Wahlkampfzeiten eine Selbstverständlichkeit ist – jetzt verboten worden sind, landesweit in der Türkei, selbst Presseerklärungen dürfen nicht mehr gemacht werden, dann kann ich doch nicht sagen: «Ich bin für die Meinungsfreiheit, damit eine Diktatur – damit die Todesstrafe eingeführt werden kann in der Türkei.» (...)

Die benutzen die Demokratie hier in Deutschland, und ich finde, wir als Demokraten dürfen nicht zusehen, wie die Demokratie abgeschafft wird. Ich finde grundsätzlich obliegen Entscheidungen der Außenpolitik der Bundesregierung, und sie sollte mindestens genau so viel Mut für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufweisen wie Frechen und Gaggenau und diese Wahlkampfaktivitäten hier einfach unterbinden.

Keine rote Linie

Maas: (...) Die Verhängung eines Einreiseverbotes wird nichts verbessern. Ich habe letzte Woche versucht, mit meinem türkischen Amtskollegen ins Gespräch zu kommen, wo es um die Frage [des inhaftierten *Welt*-Journalisten Deniz] Yücel gehen sollte. Wie wird es dort weitergehen? Wie wollen Sie denn diese Gespräche führen, wenn der Gesprächsfaden komplett abreißt? Wir müssen miteinander reden, damit wir den Türken überhaupt mal sagen können, was nach unserer Auffassung geht und was nicht geht. (...)

Dagdelen: Aber wo ist denn die rote Linie? Es geht mir nicht um die leisen oder die lauten Töne gegenüber der Türkei. Mir geht's um Konsequenzen.

Maas: Was sollen denn die Konsequenzen sein?

Dagdelen: Die Politik der Leisetreterei der Bundesregierung hat doch eine gescheiterte Türkeipolitik jetzt sozusagen wie einen Scherbenhaufen vor uns präsentiert.

Maas: Was hat das mit Leisetreterei zu tun?

Dagdelen: Entschuldigen Sie, ich bin Abgeordnete, als Mitglied eines Verfassungsorgans kann ich seit der Armenien-Resolution nicht in die Türkei. Ich stehe unter Polizeischutz, weil die türkische Regierung den Mob aufgerufen hat mit ihrer Gewaltpolitik gegenüber uns Abgeordneten.

Maas: Das ist immer noch kein Grund, zu den gleichen Mitteln wie Herr Erdogan zu greifen.

Verheugen: Meine Meinung ist, dass Symbolpolitik in diesem Fall überhaupt keinen Zweck hat. Frau Abgeordnete, was Sie gesagt haben gerade, ist alles reine Symbolpolitik, bewirkt überhaupt nichts, wie Minister Maas gesagt hat, macht die Sache nur schlimmer. Was wir machen müssen, ist, uns nicht provozieren lassen, nicht auf das Niveau begeben, das Erdogan vorgibt mit seinen wütenden Ausfällen, sondern souverän reagieren wie ein demokratischer Rechtsstaat das zu tun hat. (...)

Ich halte es für vollkommen unsinnig, dass wir darüber reden, Auftrittsverbote oder Einreiseverbote zu erlassen. Ich muss Ihnen klipp und klar sagen: Die türkische Gemeinde hier in Deutschland, Millionen von Türken, Deutsche mit türkischem Hintergrund haben einen Anspruch darauf, das zu hören, was diese Leute sagen. Hat irgendjemand was dagegen, dass italienische Parteien bei uns Wahlkampf machen, wenn es um italienische Wahlen geht?

Dagdelen: Was ist mit den Russen? ■

Sevim Dagdelen sitzt seit 2005 im Bundestag. Foto: pa/AA

Streitbar

Sevim Dagdelen wurde 1975 als Tochter kurdischer Einwanderer in Duisburg geboren. Seit Mai 2016 steht die linke Bundestagsabgeordnete unter Polizeischutz. Der Grund: Sie hatte im Bundestag der Resolution zum Völkermord an den Armeniern durch das Osmanische Reich zugestimmt. Für Ankaras fünfte Kolonne in Deutschland ist Dagdelen damit schlicht eine Verräterin – ebenso wie zehn weitere türkischstämmige Parlamentarier erhält sie Morddrohungen.

Erdogan gehört zu ihren Lieblingsfeinden. Schon 2010 lehnte sie dessen Einladung nach Istanbul ab. Dort wollte die Regierung Politiker aus ganz Europa auf ihre Linie einschwören. Im Jahr 2013 unterstützte die ledige Mutter die Proteste im Gezi-Park der Bosporus-Metropole und setzte sich auch immer wieder für eine Lösung des Kurden-Konflikts ein. – Der nebenstehende Wortlautauszug stammt aus der *Anne-Will*-Sendung vom 5. März.

Mehr Spitzel als die Stasi

_ von Martin Müller-Mertens

Imame und Agenten: Die türkische Religionsbehörde hat über den Dachverband DITIB Hunderte Moscheen in Deutschland gleichgeschaltet. Vielerorts sind sie Operationszentralen für Ankaras Geheimdienst.

Neben türkischem Chauvinismus ist Religion das wichtigste Instrument der Gleichschaltung im neuen Sultanat am Bosporus. Auch die türkische Gemeinschaft in Deutschland wird mit Moschee und Muezzin auf Linie gebracht. Mit der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt der Religion (DITIB) verfügt Präsident Recep Tayyip Erdogan über eine Organisation, die selbst für den Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir «nichts anderes als der verlängerte Arm des türkischen Staates» ist.

Im April 2016 geriet der Verband kurzzeitig auch in die Schlagzeilen der deutschen Konformistenpresse: Rund 970 Imame schicke die türkische Religionsbehörde an DITIB-Moscheen in Deutschland, hatte die *Welt am Sonntag* herausgefunden. Als «nicht akzeptabel» bezeichnet Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) die Flut der Vorbeter von Erdogans Gnaden. Selbst die Bürgermeisterin des Berliner Problembezirks Neukölln, Franziska Giffey (SPD), übt zaghafte Kritik. Sie sehe es kritisch, «wenn Moscheevereine fremdgesteuert sind und dort Imame predigen, die nicht nach dem deutschen Werteverständnis ausgebildet und nicht hier aufgewachsen sind», so die Kommunalpolitikerin.

Das Stirnrunzeln über die Imaminvasion ist jedoch unglaubwürdig. Seit Jahren verschließen deutsche Politiker die Augen vor der wachsenden Macht Ankaras in den Moscheen. Gegründet wurde DITIB bereits im Jahre 1984 in Köln – aus den damals 230 angeschlossenen Gemeinden sind mittlerweile über 900 geworden.

Im Jahre 2001 betrieb die Organisation 55 der damals 66 Moscheeneubauten. Über 70 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime will die Dachorganisation unter Verweis auf nicht näher bezeichnete Umfragen vertreten, was Beobachter jedoch bezweifeln. Noch wichtiger: Von den etwa 1.250 hauptamtlichen und rund 1.000 ehrenamtlichen Imamen in Deutschland stammen nach Schätzungen über 90 Prozent aus der Türkei, ein Großteil ist über DITIB organisiert. Damit ist der Islam in Deutschland fest in anatolischer Hand – und wandelt sich zunehmend. So galt die Organisation lange Zeit durchaus als «pro-westlich und liberal», meint der Islamforscher Ralph Ghadban. Doch «seit Erdogan im Amt ist, wird der Verband immer islamistischer».

Die Vorbeter, wie hier in Stuttgart, sind türkische Staatsbeamte. Foto: picture alliance / dpa

«Seit Erdogan im Amt ist, wird der Verband immer islamistischer».
Ralph Ghadban

Er fühlt sich sichtlich wohl: Bundesjustizminister Heiko Maas mit Moschee-Vorstand Ender Cetin (l.) und DITIB-Vertreter Süleyman Kücük am 9.1.2015 in der Berliner Sehitlik-Moschee Foto: picture alliance / dpa

Das Spinnennetz der Verbände

Neben dem im Artikel erwähnten Dachverband DITIB gibt es vier weitere bundesweite Strukturen der Mohammedaner.

Islamrat: Gegründet 1986, 400 Gemeinden. Beherrscht von Milli Görüs, dem türkischen Ableger der Muslimbruderschaft.

VIKZ: Verband Islamischer Kulturzentren. Ein Vorläufer bestand schon 1973. 300 Moschee- und Bildungsvereine. Indoktriniert über eigene Imam-Ausbildung und eigene Schulen.

ZMD: Zentralrat der Muslime in Deutschland. Mit 300 Gemeinden der kleinste Verband, aber mit seinem agilen Vorsitzenden Aiman Mazyek in den Medien dauerpräsent.

KRM: Koordinierungsrat der Muslime. Wurde erst 2007 gegründet und sollte eigentlich die bereits erwähnten vier anderen Dachverbände zusammenführen. Aber wegen der Konkurrenz untereinander ist der KRM gelähmt und kaum interventionsfähig.

Wahlkampf für den neuen Führer

Geld spielt beim Aufbau der «Macht außerhalb des Landes», wie Erdogan seine Landsleute 2015 bei einem Auftritt in Karlsruhe bezeichnete, offenbar keine Rolle. Zwar würde man «im Prinzip über die Finanzierung von Moscheen nicht so viel wissen», räumt die Islamwissenschaftlerin Riem Spielhaus im Januar 2016 im *Deutschlandfunk* ein. Bekannt ist jedoch, dass die DITIB-Imame vom türkischen Staat bezahlt werden. Faktisch ist der Verein eine Abteilung der Regierungsbehörde Präsidium für Religionsangelegenheiten (Diyanet), die dem türkischen Ministerpräsidenten untersteht und 120.000 Mitarbeiter hat.

Umgerechnet 1,8 Milliarden Euro ließ sich Ankara die Tätigkeit von Diyanet allein im Jahre 2016 kosten – das Dreifache des Budgets von 2008. «Für Erdogan sind Diyanet und DITIB erklärte Waffen in seinem Kampf für die Islamisierung», meinte der Herausgeber der Zeitschrift *Cicero*, Wolfram Weimer, im Mai 2016. Nicht nur das: Zwar darf DITIB gemäß den eigenen Statuten keine politische Arbeit leisten. Doch man sieht, wie sich die Gemeinden im Wahlkampf verhalten. «Sie karren Busladungen voller Zuhörer an, wenn Erdogan eine Rede hält», sagt die Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Universität Frankfurt am Main, Susanne Schröter.

Was an dem deutschen Dachverband und seiner türkischen Muttergesellschaft Religion, was staatliche Verwaltung oder AKP-Parteiapparat ist, lässt sich ohnehin nur schwer auseinanderhalten. So sind die nach Deutschland entsandten Imame von einem Regierungsgremium ausgewählt, als türkische Beamte weisungsgebunden und während ihrer Deutschlandaufenthalte bei den jeweiligen Konsulaten angestellt. Ihr Gastland bleibt ihnen meist fremd. «Es ist bei Diyanet in der Regel gar nicht gewünscht, dass die Imame Deutsch können. Denn Erdogan sagt, die in Deutschland lebenden Türken sollen sich nicht assimilieren», meint Schröter. «Die Imame, die in DITIB-Moscheen nach Deutschland kommen, haben in der Regel vorher noch nie im Westen gelebt. Sie akzeptieren die Menschenrechte nicht, sondern sehen die Scharia als höchstes Gesetz an», fasst es Ghadban zusammen. Imam-Ausbildungen in Deutschland lehnt DITIB ab.

Prediger einer DITIB-Moschee priesen den Märtyrertod.

Dass der Dachverband einige seiner Moscheen in der Bundesrepublik «nach Kriegsherrn wie dem Konstantinopel-Eroberer Fatih Sultan Mehmet» benennt, kritisierte bereits 2007 die Islamwissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann. Auf vielen Moscheedächern weht die türkische Fahne als Hoheitssymbol. Auch Integration interpretiert die Erdogan-Behörde auf ihre eigene Art – die DITIB-Webseite offeriert unter anderem «Türkischkurse für Deutsche».

Werbung für den Dschihad

Undurchsichtig sind auch mögliche Verbindungen zwischen Erdogans deutschen Gemeinden und dem immer offener agierenden Salafismus. Die Aufzeichnung einer Predigt aus einer Berliner DITIB-Moschee fand sich während einer Wohnungsdurchsuchung bei einer Wolfsburger Salafisten-Einheit. Darin huldigten die Vorbeter dem Märtyrertod: «Selbst die Paradiesbewohner blicken mit wohlwollendem Neid auf den Rang derer, die ihr Leben für Allah ließen.» In den Räumlichkeiten einer Moschee in Dinslaken-Lohberg trafen sich zeitweise 22 Unterstützer des Islamischen Staates. Auf einem Foto posiert ein Mann im IS-T-Shirt nach Angaben des ARD-Magazins *Report München* mit einem Vorstandsmitglied der DITIB-Gemeinde. In einer anderen Moschee trat sogar der Anwerber der Kopf-ab-Truppen Yassin Oussaifi auf, bezeichnete Deutsche in seiner Predigt als «Kuffar» (Ungläubige) und «Takfir» (Abtrünnige). Deutsche Sicherheitsbehörden reagieren jedoch auffallend zurückhaltend. «Offensichtlich fehlen die Kompetenz und das Know-how, was man hier den entsprechenden Demagogen aus dem Salafismusbereich entgegenstellen könnte», glaubt Herbert Müller vom Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Doch vielleicht ist die Affinität zur Schlächter-Miliz durchaus gewollt. Jedenfalls kann mit dem Drill für den Dschihad in Erdogans Moscheen offenbar nicht früh genug begonnen werden. So gab Diyanet eigens ein Comicheft heraus, in dem Kinder für den Tod im

Namen Allahs begeistert werden sollen. «Märtyrer sind im Himmel so glücklich, dass sie zehnmal Märtyrer sein wollen», heißt es darin. Und: «Wenn Du es Dir genug ersehnst, dann wird Allah Dir die Gelegenheit geben.» Lange warten mussten einige der so Indoktrinierten nicht: Nach Angaben von Sicherheitsbehörden stellen Türken 33 Prozent aller aus Deutschland nach Syrien ausgereisten IS-Rekruten.

Flächendeckende Bespitzelung

Wiederholt wurde der Name DITIB zudem auch im Zusammenhang mit Spionage genannt. So bezeichnete der *Focus* 2015 die Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld als «wichtigen Stützpunkt» des türkischen Geheimdienstes MIT. Der Verein bestreitet dies. Nach Angaben des dem linken kurdischen Milieu zuzurechnenden Magazins *Widerstand* wurden bereits 1995 in Gelsenkirchen drei DITIB-Imame suspendiert, weil sie die Zusammenarbeit mit dem MIT verweigerten. Im Juli 2015 verhandelte das Oberlandesgericht Koblenz gegen mehrere mutmaßliche Agenten Ankaras, die in Deutschland die Opposition gegen den türkischen Machthaber ausgespäht haben sollen. «Die Vorbeter werden angeblich angewiesen, Informationen über Erdogans Kritiker sowie Personenfotos über vermeintliche Landesverräter zu liefern. Falls ein Rollkommando für harte Bestrafungsaktionen benötigt wird, stehen die Schläger der nationalistischen Grauen Wölfe gern bereit», schreibt der *Focus*. Womöglich kein Einzelfall: Deutschland sei ein «prioritäres Ausspähziel» von Erdogans Schattenkriegern, analysiert der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom.

Seit dem Putschversuch in der Türkei im Juli 2016 scheinen die Schlapphüte in den Moscheen ihre Aktivitäten sogar noch auszuweiten. Nun steht vor allem die sogenannte Gülen-Bewegung im Visier, deren Anhänger für den Staatsstreich verantwortlich gemacht werden. Einer Untersuchungskommission des türkischen Parlaments zum Hintergrund des Coups lagen Berichte von 50 Auslandsvertretungen aus 38 Ländern vor, darunter den Generalkonsulaten in Köln, Düsseldorf und München. Zusammengetragen wurden die Informationen nach Angaben der *Welt* von DITIB-Imamen. Offenbar nahm die Spitzeltätigkeit derartige Ausmaße an, dass selbst die Religionsbehörde das Doppelspiel nicht mehr leugnen konnte. «Einige wenige Imame» hätten «fälschlicherweise» Gülen-Leute ausspioniert, zitierte der *Deutschlandfunk* im Januar DITIB-Generalsekretär Bekir Alboga.

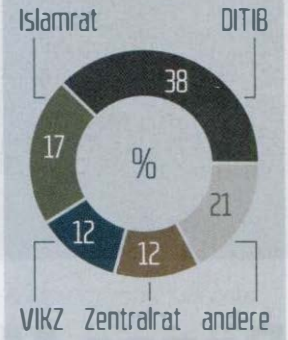
Für Bestrafungsaktionen stehen die Grauen Wölfe bereit.

Die Moscheen sind jedoch nur ein Teil jener Residenturen, die der MIT in Deutschland unterhält. Rund 800 Agenten soll der türkische Geheimdienst in der Bundesrepublik platziert haben – zumeist getarnt als Mitarbeiter von Banken, Reisebüros oder Fluggesellschaften. Bis zu 6.000 Spitzel liefern Erkenntnisse und Denunziationen – die DDR-Staatssicherheit verfügte im damaligen Westdeutschland lediglich über etwa 2.000 sogenannte Informelle Mitarbeiter. Den Spähern Ankaras gehe es «längst nicht mehr um nachrichtendienstliche Aufklärung, sondern zunehmend um nachrichtendienstliche Repression», weiß Schmidt-Eenboom. Wie Erdogans Agenten vorgehen, berichtet Dursun Celik, Chefredakteur des Deutschlandablegers der in der Türkei verbotenen Tageszeitung *Zaman*. Demnach sei ein Anzeigenkunde von einem MIT-Mitarbeiter regelrecht bedroht worden: «Wenn Du die Zeitung weiterhin unterstützt, machen wir Dich fertig.» ■

Islam in Deutschland

2.600*
Moscheengemeinden

KRM
Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland
Anteil an Moscheegemeinden



*Schätzung 2016
Quelle: COMPACT-Recherche

Grafik: COMPACT

Der Name der 2005 eröffneten Berliner Sehitlik-Moschee leitet sich vom Wort für Märtyrer ab, bedeutet in diesem Fall jedoch Friedhof. Foto: picture alliance / Ulrich Baumgarten

Berlin unterm Halbmond

Wichtige Moscheen in Berlin

Quelle: Google Maps *Grafik: COMPACT*

Döner, Mord und Propaganda

_ von Jürgen Elsässer

Immer wieder mischt sich Ankara in die deutsche Innenpolitik ein. Erdogan wiegelt die hier lebenden Türken gegen die Mehrheitsgesellschaft auf, sein Geheimdienst agiert auf unserem Staatsgebiet.

Die Türken in Deutschland sind «unsere Macht außerhalb des Landes», rief Erdogan seinen Landsleuten im Mai 2015 zu.
Foto: picture alliance/AA

«Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.» Erdogan

Mitte Februar 2016 machte die *Frankfurter Allgemeine* (FAZ) auf der Titelseite mit einer großen Expertise ohne aktuellen Anlass auf – ungewöhnlich für eine Tageszeitung. «Die russische Führung verfolgt nach Erkenntnissen deutscher Sicherheitsbehörden einen systematischen Ansatz, um die EU durch Propaganda und politische Einflussnahme zu schwächen.» Das Blatt war offensichtlich von den Spitzen der Dienste mit entsprechenden Informationen gefüttert worden. Fehlende Belege wurden durch Andeutungen wettgemacht. «Möglicherweise», begann einer der typischen Sätze der Kolportage, «ist man in Moskau angesichts der Flüchtlingskrise zu dem Schluss gekommen, dass mittlerweile auch Deutschland stärker verwundbar ist».

Zweifellos ist es Aufgabe von Sicherheitskreisen, auch Gefahren nachzuspüren, die nur «möglicherweise» existieren. Ob man solche Non-Papers aber gleich in der Gerüchteküche verwursten muss, ist eine andere Frage. Noch interessanter ist, dass wieder einmal der böse Russe ins Fadenkreuz geriet, nicht aber dessen damaliger Feind an den nahöstlichen Fronten: der NATO-Freund Türkei. Dabei ist, was immer man über Moskaus Agieren denken mag, Ankaras «Propaganda und politische Einflussnahme» in der Bundesrepublik sehr viel offensichtlicher.

Hetzreden auf deutschem Boden

Am 6. Januar 2015 gedachte Berlin der Opfer der islamistischen Anschläge, die kurz zuvor Paris in Schrecken versetzt hatten. 10.000 Menschen waren einem Aufruf des Zentralrats der Muslime (ZdM) gefolgt, der seinerseits von der Bundesregierung mehr oder weniger kräftig animiert worden war. Wie unpopulär die Veranstaltung gewesen ist, zeigt eine genauere Untersuchung. Das RTL-*Nachtjournal* merkte an: «Für eine muslimische Veranstaltung waren es zu wenige Muslime. Vielleicht 2.000. Doppelt so viele kommen, wenn Erdogan Wahlkampf macht in Berlin.» *Stern.de* spottete: «Bei dieser Mahnwache waren fast mehr Minister als Moslems.»

Ali Ertan Toprak, Vorsitzender der Kurdischen Gemeinde Deutschland, äußerte im Vorfeld Unverständnis, dass mit Islamisten gegen Terrorismus protestiert werden sollte: «Wissen die deutschen Parteien, mit wem sie am Dienstag demonstrieren? Muslimbrüder und Atib, eine Abspaltung der türkischen Grauen

Wölfe, sind Mitglied des Zentralrats der Muslime. Das sind Fundamentalisten und Islamo-Faschisten. Wie kann man einerseits Pegida verteufeln, aber mit ihren muslimischen und türkischen Gesinnungsgenossen eine Mahnwache gegen Extremismus machen?» Der damalige Premier Ahmet Davutoglu war kurz darauf an den Spree und machte eine Wahlkampfveranstaltung für die Regimepartei AKP. «Türkischer Regierungschef vergleicht Pegida mit IS», hieß es anschließend in der FAZ. Friedliche Demonstranten sind für ihn dasselbe wie blutige Terroristen.

Seit vielen Jahren mischt sich auch Recep Tayyip Erdogan höchstpersönlich in die deutsche Innenpolitik ein: Er lässt keine Gelegenheit aus, der türkischen Minderheit Ratschläge zu geben und Forderungen an die Bundesregierung zu stellen. Im Februar 2008 sagte er vor 16.000 Anhängern in der Köln-Arena: «Assimilierung ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich verstehe sehr gut, dass Ihr gegen die Assimilierung seid. Man kann von Euch nicht erwarten, Euch zu assimilieren.» «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» – das roch nach Gaskammer und Massenmord. War das ernst gemeint? Dass die Formulierung wohl überlegt war, beweist ihre Wiederholung bei einem Treffen im Februar 2010, zu dem Erdogan türkischstämmige Parlamentarier aus mehreren europäischen Ländern nach Istanbul geholt hatte. Nach Angaben der Tageszeitung *Die Welt* war die Zusammenkunft vor der Öffentlichkeit zunächst geheim gehalten worden. Ende Februar 2011 dann wieder ein Bad in der Menge, 10.000 Türken waren in eine Halle in Düsseldorf gekommen und bejubelten Erdogans Ansprache: «Man nennt Euch Gastarbeiter, Ausländer oder Deutschtürken. Aber egal, wie Euch alle nennen: Ihr seid meine Staatsbürger, Ihr seid meine Leute, Ihr seid meine Freunde, Ihr seid meine Geschwister!» Selbst der ansonsten so multikulti-freundliche FDP-Politiker Christian Lindner blieb da nicht ruhig: «Es ist empörend und inakzeptabel, dass Herr Erdogan die Souveränität unseres Landes und der Menschen, die hier leben, infrage stellt.»

Immer wieder hat der starke Mann vom Bosporus Stimmung gegen den angeblichen Rassismus der Deutschen gemacht. Etwa nach einem verheerenden Feuer Anfang Februar 2008 in Ludwigshafen, als er sehr schnell – die neun Leichen türkischer Bewohner waren noch nicht kalt – kommentierte: «Wir wollen kein zweites Solingen erleben.» Diese Anspielung auf eine neonazistische Brandstiftung im Jahr 1993 mit fünf Toten ermunterte die Scharfmacher in den türkischen Medien. Sie hatten fälschlich behauptet, dass die Rettungskräfte 20 Minuten gebraucht hätten, bis sie am Unfallort eintrafen. Die Unruhe in der türkischen Gemeinde Ludwigshafens war beträchtlich und führte dazu, dass ein 37-jähriger Türke in einer Gaststätte einen Feuerwehrmann schlug und Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerks beim Aufräumen bespuckt wurden. Erdogan rief vor Ort zur Mäßigung auf, aber die Saat des Misstrauens war schon aufgegangen.

Zu einer ähnlichen Zuspitzung kam es fünf Jahre später. Bei einem Brand im schwäbischen Backnang Anfang Februar 2013 starben sieben türkische Kinder und deren Mutter. «Ein neues Solingen?», titelte das Massenblatt *Vatan* daraufhin, «Solingen-Verdacht?» hielt das Konkurrenzblatt *Taraf* dagegen. «Wieder Deutschland – wieder Türken verbrannt», hieß es auch in *Hürriyet*. Erdogan selbst äußerte sich nicht, aber sein damaliger Vizepremier Bekir Bozdag unkte: «Wir hoffen, dass es kein rassistischer Anschlag war.» Auch in diesem Fall ließen

Tauchen Spuren auf, die auf türkische Täter deuten, sind Recherchen tabu.

COMPACT 7/2013. Foto: COMPACT

Die Kölner Keupstraße nach dem Nagelbombenattentat von 2004. Foto: picture alliance

Top-Agent Mevlüt Kar

Kar wurde spätestens im August 2002 vom türkischen Geheimdienst Milli'istihbarat Tekilât (MIT) unter dem Decknamen «Ubeyde» angeworben. «Der [türkische] Geheimdienst habe den Informanten in Kooperation mit der CIA geführt. Die deutschen Behörden seien über das Projekt schon früh informiert gewesen», berichtete *Bild* im Juli 2009. Im Jahre 2004 stieg Kar in eine Operation ein, die Schlagzeilen machen sollte: Er machte sich in Istanbul an den Chef der späteren Sauerland-Gruppe, den Ulmer Konvertiten Fritz Gelowicz, heran und schleuste ihn an den Hindukusch. Dort wurde er – entgegen seinem ursprünglichen Wunsch, vor Ort gegen die US-Amerikaner zu kämpfen – von Instrukteuren der ebenfalls Geheimdienst-kontrollierten Splittergruppe Islamische Dschihad Union (IJU) zum Bombenlegen in Deutschland animiert. Zurückgekehrt nach Ulm bekam Gelowicz wiederum von Kar die dafür notwendige Hardware: Im Sommer 2007 übergab er insgesamt 26 Zünder, die er im Kosovo und der Türkei beschafft hatte, an die Sauerland Gruppe. Bevor diese zum Jahrestag des 11. September ein «deutsches 9/11» inszenieren konnte, schlug die Polizei zu und brachte Gelowicz und seine Helfer hinter Gittern. Gegen Kar selbst erließ die Bundesanwaltschaft im August 2009 Haftbefehl und stellte ein Auslieferungsersuchen an die Türkei, die diesem aber nicht nachkam.

Der türkische Agent Mevlüt Kar. Foto: Interpol

die deutschen Behörden zu, dass türkische Kriminalisten an den Ermittlungen beteiligt wurden. Wie zuvor in Ludwigshafen kamen sie einvernehmlich zum selben Urteil: keine Fremdeinwirkung, kein Anschlag.

Die Döner-Morde

Sind tote Türken zu beklagen, tippt die Regimepresse gerne auf deutsche Täter («Nazis»). Tauchen aber Spuren auf, die auf türkische Täter deuten, sind Recherchen tabu. Das beste Beispiel sind die zehn Morde, die dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) zugeschrieben werden. Es gibt etliche Hinweise, dass Erdogans Geheimdienste etwas mit den Verbrechen zu tun haben könnten:

■ Im September 2011 – unmittelbar vor dem Auffliegen des angeblichen NSU, damals sprach man noch von Döner-Morden –, berichtete der *Spiegel* vom Angebot eines gewissen Mehmet, dass er den deutschen Ermittlern die Tatwaffe Ceska 83 liefern könne. Mehmet behauptete, zu einer geheimen türkischen Untergrundorganisation zu gehören, die die Morde begangen habe, und kündigte an, auspacken zu wollen. Der Deal platzte angeblich.

Bei drei Verbrechen, die dem NSU angelastet werden, waren türkische Geheimdienstler am Tatort.

■ Als die Polizistin Michèle Kiesewetter im April 2007 in Heilbronn erschossen wurde, befand sich auch der türkische Agent Mevlüt Kar am Tatort. Dies geht aus einem Überwachungsprotokoll des US-Militärgeheimdienstes DIA hervor, das der *Stern* am 1. Dezember 2011 veröffentlichte. Seine Echtheit wurde zwischenzeitlich dementiert, hat sich später aber doch bestätigt. Kar lieferte auch Bombenzünder an die islamistische Sauerlandgruppe, die ein «deutsches 9/11» durchführen wollte. (siehe Infobox)

■ Unter den Verletzten beim Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße im Juni 2004 war auch der türkische Offizier Talat T. Selbst beim *Westdeutschen Rundfunk* (WDR) wunderte man sich: «Ein Militär am Ort eines Bombenanschlages? Obendrein aus einem Land, das zur NATO gehört. Talat T. durfte zunächst nicht nach Istanbul zurückfliegen. Hielten die Ermittler einen Zusammenhang mit dem Militär für möglich wegen der Art und Schwere des Bombenanschlages?»

■ Laut WDR wurde der inzwischen pensionierte Offizier im August 2013 in der türkischen Tageszeitung *Hürriyet* folgendermaßen zitiert: Er sei in Berlin in der Wohnung seines Bruders von einer Spezialeinheit, die auch den Tatort besuchte, mehrere Stunden vernommen worden. «Die Akten seien anschließend vernichtet worden. In den Ermittlungsunterlagen finden sich ganze eineinhalb Seiten einer Vernehmung mit ihm, erstellt vom Landeskriminalamt Berlin einen Tag nach dem Attentat. Spektakuläres kann man darin nicht lesen.» Preisfrage: Wurde da etwas vertuscht?

Türken gegen Kurden

Was die Mission von Talat T. erklären könnte: Beim Keupstraßen-Attentat und anderen Verbrechen, die dem NSU zugeschrieben werden, gab es auch Hinweise auf Täter aus dem PKK-Milieu. Darüber wurde bis zum Jahr 2010 breit in den osmanischen Zeitungen berichtet. Gegen eine Täterschaft der Untergrundorganisation spricht allerdings, «dass fünf der acht aus der Türkei stammenden Opfer kurdischer Abstammung sind», wie die Kurdische Gemeinde Deutschlands (KGD) schreibt. Es könnte also auch so gewesen sein, dass Agenten Ankaras ihrerseits versucht haben, die Döner-Morde der PKK in die Schuhe zu schieben.

Unabhängig davon, ob die türkischen Schlapphüte in der Keupstraße und anderswo Bluttaten verhindern wollten oder daran beteiligt waren: Ihr Einsatz auf deutschem Territorium verletzt unsere nationale Souveränität. Verantwortlich für ihre Aktivitäten ist Erdogan – ab 2003 als Premier, seit 2014 als Präsident. ■

Sehen die eher deutsch oder orientalisch aus? Phantombilder nach dem Kölner Nagelbombenanschlag am 9. Juni 2004. Bei der Explosion wurden 21 Menschen verletzt. Ein weiteres Opfer stellte sich später als erfunden heraus. Foto: Polizei

Gollum am Bosporus

_ von Harald Harzheim

Sieht der türkische Präsident nicht wie der schleimige Fiesling in Herr der Ringe aus? Und darf man darüber Witze machen? Der Regisseur des Films versucht, einen Erdogan-Kritiker vor dem Gefängnis zu bewahren – allerdings mit schlechten Argumenten.

Wenn Prominente gegen harmlose Satire vorgehen, müssen sie wissen: Durch juristischen Gegenangriff verhelfen sie dem Spott erst zum Ruhm! Nichts erweitert den Publikumskreis so sehr wie Skandalisierung. Das scheint dem türkischen Präsident Erdogan noch Neuland. Den ließ nämlich ein Vergleich seiner Person mit Gollum, dem Gnom aus Peter Jacksons *Herr der Ringe*-Verfilmung, nicht rasten und nicht ruhen. Der Arzt Bilgin Ciftci hatte drei Bilder des Staatschefs mit drei Gollum-Standbildern zu Foto-Paaren montiert. Die Ähnlichkeit ist verblüffend. Aber erst Erdogans Anzeige gegen den regierungskritischen Arzt hat für weltweite Verbreitung der Fotos gesorgt. Das ist doppelt schlimm, weil die Foto-Paar-Konstellation auch inhaltlich als Volltreffer gelten muss.

Gollum ist der ehemalige Hobbit Smeagol, der wegen seiner Gier nach dem Ring den Verwandten Deagol tötet. Daraufhin verwandelt er sich in einen scheußlichen Gnom. Der Ring, dessen Machtpotential einen Suchteffekt hervorruft, ist jedoch zu mächtig für ihn: Gollum wird verrückt und redet über sich in der dritten Person, ganz so, als sei er schizo oder auf Acid. Bald schon verliert er seinen «Schatz» wieder. Während der ganzen Handlung des Filmes versucht er, ihn zurück zu bekommen: paktiert, schleimt, versucht es mit Hinterlist. Im Finale stürzt er schließlich in einen Vulkan.

Moment! Probe aufs Exempel: Zuerst ein vernünftiger Mensch (ehemals erfolgreiche Wirtschaftspolitik), dann plötzlicher Ausbruch von Größenwahn (neues großtürkisches Reich), von Hinterlist gegenüber Verbündeten (IS-Deal gegen Assad)... Das klingt schon verdammt nach Erdogan. Klingt überhaupt sehr nach Politiker! Vor allem die baldige Absturz-Prophezeiung... Laut *Bild* hat der kreative Erdogan-Kritiker inzwischen seinen Krankenhaus-Job verloren. Außerdem steht er in Aydin vor Gericht, und die Anwälte streiten über die Frage, ob er mit dem Gollum-Vergleich Erdogan beleidigt habe. Falls ja, drohen zwei Jahre Haft. Da der Richter sich fachlich überfordert glaubt, hat er eine Expertenkommission (zwei Wissenschaftler, zwei Psychologen und ein Filmexperte) einberufen.

Der «Skandal» drang bis nach Neuseeland vor. Von dort nämlich meldete sich sogar *Herr der Ringe*-Regisseur Peter Jackson zu Wort: «Wenn das wirklich die Bilder sind, auf denen der türkische Prozess basiert, dann können wir definitiv sagen: In keinem davon ist die als Gollum bekannte Figur abgelichtet. Auf allen ist die Figur namens Smeagol zu sehen.» Der aber sei, so Jackson, ein fröhlicher Charakter, er «lügt nicht, er betrügt nicht, und er versucht nicht, andere zu manipulieren. Er ist nicht böse, hinterhältig oder arglistig – das sind alles Gollums Eigenschaften, der niemals mit Smeagol verwechselt werden sollte.»

Die Ähnlichkeit ist nicht zu übersehen. Die Bilder links wirken jedoch etwas freundlicher.
Foto: Screenshot Globo

Man merkt: Jackson versucht durch diese Aufzählung, das Assoziationspotential des Vergleichs zu entkräften. Das hat er sicher gut gemeint, und *Spiegel*, FAZ und *Bild* übernehmen diese Klarstellung auch unwidersprochen. Aber leider stimmt sie nicht. Smeagol tritt nur in einer Szene (zu Beginn des dritten Teils) auf. Und da sieht er tatsächlich wie ein Mensch aus. Nein, diese drei Fotos zeigen ihn nach der Metamorphose, präsentieren ihn als Gollum.

Aber Gollum hin, Smeagol her: Solche Klarstellungsversuche lenken nur vom Thema ab – dass unter dem Tyrannen Erdogan keinerlei Satire mehr erlaubt ist. Dass der Staatschef tatsächlich unter gollumesken Größenwahn leidet. Deshalb sollte er die Klage im eigenen Interesse diskret fallen lassen. Und Gollum soll bitte auch nicht gegen diesen Vergleich klagen! ■

Der Erdogan-Kritiker hat schon seinen Job verloren.

_ Harald Harzheim ist Co-Autor des Buches «Von Neuseeland nach Mittelerde – Die Welt des Peter Jackson» (2004), das auch ausführliche Analysen der «Herr der Ringe»-Verfilmung enthält.

Bartels Schmäh _ Wahlkampf im Central Park

_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei Bild. 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von Bild – als das Blatt noch fünf Millionen Auflage hatte. Im Frühjahr ist sein Buch «Bild – Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung» erschienen.

In Deutschland leben um die 3 Millionen Türken, 1,5 Millionen sind sogenannte «Deutsch-Türken». Sie haben einen deutschen und einen türkischen Pass, dürfen also in Deutschland und in der Türkei wählen. Erdowahn braucht sie, weil es beim Referendum in Anatolien mit der Ermächtigung zum Sultan offenbar knapp werden könnte; dabei will er doch endlich ein Präsident werden, der alles zu sagen hat im Land der Moscheen und Minarette – auch wenn damit Atatürks Freiheit unterm Halbmond endgültig als Fata Morgana im Dunst des Bosporus verschwimmt. Deshalb droht Erdowahn den «deutschen Nazis» immer ungenierter: Ich komme nach Deutschland, wann ich will, wohin ich will!

Gleiches Recht für alle?

Was ist mit den Deutschen in aller Welt? In den USA leben 500.000 – zählt man die mit germanischen Wurzeln dazu, sind es sogar 45 Millionen Deutsch-Amerikaner. Was würde passieren, wenn irgendeine Merkel, irgendein Maaartin oder – Schreck, lass nach – gar eine AfD-Petry sich im laufenden deutschen Wahlkampf plötzlich an diese 500.000 German-Amis erinnern würden? Wenn sie im nationalen Brustton posaunen würden: Ihr lebt und arbeitet zwar in Trump-Country, aber Ihr habt einen deutschen Pass. Ihr seid Deutsche. Also mache ich für Euch im Central Park in New York Wahlkampf. Falls da der Brandschutz nicht funktioniert, dann in der deutschen Botschaft in Washington. Eure Wahlbriefe nehme ich danach gleich mit... Was würde passieren?

Die Devisen-Deutschen in Antalya fallen wegen Terrorangst weg.

In Kanada leben 250.000 Deutsche. Oder in Argentinien? Da sind es 130.000! In der Schweiz? Immerhin 120.000. In Spanien und England sind es je 100.000 Deutsche, die länger Sonne oder Wachablösung am Buckingham Palace geniessen. Und was ist mit den 80.000 Deutsch-Brasilianern? Den 75.000 «Deitschen» im schönen Austria? Den 70.000 Teutonen in Gallien? Den 60.000 Tedesci in Bella Italia? Oder denen im Land der Grachten und des Goudas? Den 50.000 im traumhaften Afrika? Und – damit sich unsere lieben Landsleute in Polen nicht vernachlässigt fühlen – den 40.000 jenseits von Oder und Neiße?

Allah, sei gnädig: Die 20.000 in Arabien schenken wir uns mal... Die 5.000 Dauer-Deutschen, die Sultan Erdowahn offenbar schon länger auf den moslemischen Sack gehen, auch; da die Massen der sonst üblichen Devisen-Deutschen ja seit Längerem in Antalya aus Schiss vor Terror ausfallen, wird er wenigstens die Rentner-Lira im Staatshaushalt ganz gut gebrauchen können. Koteletts hin, Kirche her.

Also, was würde passieren ...

... wenn irgendein deutscher Politiker es wagen würde, irgendwo auf dieser schönen, weiten Welt für die Deutschen Wahlkampf vor Ort zu machen? Schon halblaut darüber nachzudenken, wäre wahrscheinlich schlimmer als der Überfall auf Polen, der Blitzkrieg in Frankreich oder die Bomben auf Engeland im Zweiten Weltkrieg. Dabei haben wird noch nicht mal die rund 600.000 Deutsch-Russen mitgezählt, denen irgendeine Merkel, irgendein Maaartin im finsteren Reich Putins mit einer flammenden Wahlkampfrede wenigstens für eine Stunde den Tag erhellen könnte...

Nein, nein... Mein Freund, so was darf nur Erdowahn in Türkschland. ■

Dass ihm mal nichts aus dem Mund fliegt... Am Tag nach seinem Auftritt in Hamburg besuchte Cavusoglu die Internationale Tourismusmesse in Berlin. Foto: picture alliance/AP Photo

Das neue SPEZIAL ist da!

Einzelheft oder SPEZIAL-Abo bestellen unter shop@compact-mail.de

Im Webshop: compact-shop.de · Im SPEZIAL-Abo unter: abo.compact-shop.de

Invasionsziel: Deutschland

Fakten über den großen Volksaustausch – jetzt im 4er Pack

Jetzt sparen: 4 COMPACT-Spezial im Paket

Zur Wissensvertiefung und als Argumentationshilfe zu den brisanten Themen unserer Zeit. A4, Hochglanz, Klebebindung, 84 Seiten. Statt 35,20 € zahlen Sie jetzt für 4 Ausgaben nur 30,00 €*.

*inkl. MwSt und Porto. Preis gültig bei Versand innerhalb Deutschlands.

Bestellung unter shop@compact-mail.de · FAX 03327-569 86 17 · compact-shop.de